Beilage:

30. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 18 vom 3. Mai 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Flottenmanöver der Sozialimperialisten

Blitzkrieg geprobt!

„Wir müssen in der Lage sein, zu jeder Stunde an jedem Punkt der Weltmeere zuschlagen zu können" – diese unverhüllte Drohung des obersten Befehlshabers der Kriegsmarine der sowjetischen Sozialimperialisten gegen die Völker der Welt war das Leitmotiv der „größten Flottenmanöver aller Zeiten", die die neuen Zaren im Kreml im April auf allen Meeren der Welt abgehalten haben. Unverfroren schickten sie dabei ihre Raketenkreuzer und Schnellboote bis in die Lübecker Bucht und ließen sie drohend vor der Küste Schleswig-Holsteins kreuzen.

Mögen sie noch so viel Lärm um das „Zeitalter der Entspannung, des Friedens und der Abrüstung" machen, ihre Taten zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten eine aggressive imperialistische Supermacht sind, die sich fieberhaft auf einen Krieg gegen die andere Supermacht, die US-Imperialisten vorbereitet, um die ganze Welt zu erobern und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Nationen zu erdrosseln.

Über zweihundert Schiffe, vom Raketenkreuzer und Atom-U-Boot bis zu den Handelsschiffen und Trawlern ihrer Fischfangflotten haben die neuen Zaren im Kreml vom Nordmeer bis zum Indischen Ozean in Bewegung gesetzt, um einen einzigen Plan durchzuexerzieren: die Völker und Nationen Westeuropas von der See her anzugreifen, zu überrollen und zu erobern.

Die russischen Imperialisten haben ihre Flottenverbände schon seit langem rings um Westeuropa zusammengezogen und sie vor allem an den „nassen Flanken" unseres Kontinents konzentriert. Das Mittelmeer, die skandinavischen Gewässer, der Nordatlantik und vor allem die Ostsee sind die Hauptoperationsgebiete dieser gewaltigen Armada. Allein in der Ostsee sind über ein Viertel der russischen Flottenverbände konzentriert, verstärkt durch die Einheiten der polnischen Flotte und der Flotte der DDR, die unter ihrem einheitlichen Kommando zusammengefaßt sind.

Diese Flotte braucht die weite See, um ihre Kraft voll entfalten zu können, die Ostsee kann deshalb nichts anderes sein, als das Aufmarschgebiet für ihre eigentliche Operationsbasis in der Nordsee und im Nordatlantik.



Ein Landemanöver der sowjetischen Sozialimperialisten

Der Plan der Manöver im April beweist das klar: Die Aufgabe der Ostseeflotte der neuen Zaren im Kreml bestand darin, die Länder Skandinaviens von der See her anzugreifen, Dänemark in einer kombinierten Operation der Luft- und Seestreitkräfte zu besetzen und Schleswig-Holstein zu überrollen, um die freie Durchfahrt von der Ostsee in den Atlantik zu sichern. Gleichzeitig wird die russische Nordmeerflotte von der Halbinsel Kola, dem größten Flottenstützpunkt der Welt, her in Bewegung gesetzt, um sich im Nordatlantik mit der Ostseeflotte zu vereinigen, die Verbindungswege zwischen Westeuropa und Nordamerika zu unterbrechen und die Länder Westeuropas zu umzingeln.

Gleichzeitig haben die neuen Kremlzaren geheime Großmanöver der Landarmeen des Warschauer Paktes durchgeführt, in denen sie den kombinierten Einsatz von Panzertruppen und Luftlandeeinheiten, den Blitzkrieg mit Stoßrichtung bis zum Atlantik geprobt haben. *„Dieses Manöver"*, so erklärte ein Nato-Offizier, *„war ein Musterbeispiel des modernen Bewegungskrieges, der ganz auf Blitzkriegsaktionen ausgerichtet ist."* Die sowjetischen Sozialimperialisten haben, um ihre aggressiven Pläne in die Tat umzusetzen, z.B. allein in Mecklenburg 1 200 Panzer stationiert, die den Befehl haben, im Ernstfall Schleswig-Holstein und die norddeutschen Küstengebiete zu überrollen.

Die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, bereiten sich fieberhaft auf den Krieg um die Vorherrschaft in der Welt vor. Angesichts der Manöver und des Aufmarschs der Armeen des Warschauer Paktes an den Grenzen und Küsten Westeuropas haben die amerikanischen Imperialisten schon im vergangenen Jahr damit begonnen, die Zahl und die Qualität ihrer in Europa stationierten Kampfverbände zu erhöhen. Sie haben bereits damit begonnen, zwei

Fortsetzung auf Seite 8

Grussadresse

"Ein völlig neues Kambodscha wird im Osten erstehen"

Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt und Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront Kambodschas;

Samdech Penn Nouth, Vorsitzender des Politbüros des ZK der Nationalen Einheitsfront und Premierminister der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas;

Seine Exzellenz Herr Khieu Samphan, Vizepremierminister und Minister der Nationalen Verteidigung der Königlichen Regierung der Nationalen Union, Oberkommandierender der heroischen Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung Kambodschas.

Durch die mächtige Offensive der Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung Kambodschas ist Phnom Penh vollständig befreit worden. Die Völker sind entzückt und begeistert über diese Siegesnachricht. Im Namen der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes senden wir Ihnen, der Nationalen Einheitsfront Kambodschas, der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas, den heroischen Volksstreitkräften für die Nationale Befreiung Kambodschas und dem ganzen kambodschanischen Volk unsere herzlichsten Glückwünsche und unsere Hochachtung.

Vor fünf Jahren hat der US-Imperialismus den reaktionären Staatsstreich der verräterischen Lon Nol Clique angezettelt und unverschämt sogar Truppen nach Kambodscha geschickt. Das war ein vergeblicher Versuch, das unabhängige, friedliche und neutrale Kambodscha in seine Kolonie zu verwandeln. Das kambodschanische Volk, das eine glorreiche revolutionäre Tradition im Kampf gegen den Imperialismus besitzt, hat der nackten Gewalt getrotzt, zu den Waffen gegriffen, sich um die Nationale Einheitsfront Kambodschas mit Samdech Norodom Sihanouk als Vorsitzendem zusammengeschlossen, fünf Jahre lang tapfer und hartnäckig gekämpft und schließlich, nachdem es zahllose Schwierigkeiten überwunden hat, den entscheidenden Sieg in seinem nationalen Befreiungskrieg errungen. Dieser große Sieg, den das kambodschanische Volk durch den bewaffneten Kampf errungen hat, ist ein erneuter schlagender Beweis dafür, daß eine schwache Nation, wenn sie entschlossen den richtigen Weg geht, sicher eine starke besiegen kann, eine kleine Nation sicher eine große besiegen kann.

Der unbeugsame revolutionäre Geist und der unerschrockene Heldenmut, die das kambodschanische Volk in den langen Jahren des bewaffneten Kampfes entfaltet haben, sind für die revolutionären Völker der ganzen Welt ein glänzendes Beispiel. Das kambodschanische Volk hat die Hochachtung und die Bewunderung der Völker aller Länder gewonnen. Der große Sieg des kambodschanischen Volkes ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum antiimperialistischen Kampf der Völker Indochinas, sondern auch eine große Ermutigung und ein großer Ansporn für den revolutionären Kampf aller unterunterdrückten Nationen und Völker der Welt.

Das chinesische und kambodschanische Volk sind Brüder. Während des langen antiimperialistischen Kampfes haben unsere beiden Völker miteinander gefühlt und sich gegenseitig ermutigt und unterstützt und so ihre tiefe kämpferische Freundschaft geschmiedet. Das chinesische Volk freut sich von ganzem Herzen über den Sieg des kambodschanischen Volkes, so als ob es sein eigener wäre. Wir versichern dem kambodschanischen Brudervolk, daß das chinesische Volk immer an Eurer Seite stehen und gemeinsam mit Euch in die Kämpfe, die vor uns liegen, marschieren wird.

Die Befreiung von Phnom Penh markiert den Beginn einer neuen historischen Stufe in Kambodschas Kampf für die nationale Befreiung. Wir sind sicher, daß das kambodschanische Volk unter dem Banner der Nationalen Einheitsfront Kambodschas mit Samdech Norodom Sihanouk als Vorsitzendem die große Einheit der ganzen Nation und des ganzen Volkes festigt, weiter tapfer kämpft und neue und noch größere Siege erringt. Ein völlig neues Kambodscha wird im Osten erstehen.

MAO TSETUNG,
Vorsitzender des ZK der Kommunistischen Partei Chinas

TSCHU TEH,
Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China

TSCHOU EN-LAI,
Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China

Phnom Penh

Das Volk feiert den Sieg

Nach der endgültigen Befreiung Phnom Penhs hat eine Radiostation des amerikanischen Geheimdienstes CIA, die sich unverschämterweise unter dem Namen „Sender der Roten Khmer" meldete, Lügen über angebliche Hinrichtungen in der Stadt, über die Evakuierung der Bevölkerung und den Ausbruch einer Panik unter den Menschen verbreitet. Die Wirklichkeit war ganz anders. Hier der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua über die Begrüßung der Volksstreitkräfte durch die Bevölkerung Phnom Penhs am Tag des großen Sieges des kambodschanischen Volkes:

Fortsetzung auf Seite 9

LETZTE MELDUNG:

BEFREIUNGSSTREITKRÄFTE IN SAIGON!

Am 28. 4. 1975 gelang es den südvietnamesischen Befreiungsstreitkräften, bis in die Vororte Saigons vorzudringen. Nach Meldung von bürgerlichen Nachrichtenagenturen waren sie nur noch 4 km vom Stadtzentrum entfernt.

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

Italien

Drei junge Antifaschisten ermordet

Die Polizei und faschistische Banden haben in Italien innerhalb von drei Tagen drei junge revolutionäre Antifaschisten ermordet. Am 16. April fiel in Mailand Claudio Varalli den Kugeln eines faschistischen Mordkommandos zum Opfer; Giannino Zibecchi starb unter den Rädern eines Wagens der Karabinieri, der rücksichtslos in eine Gruppe von Demonstranten gefahren war und Rodolfo Boschi wurde – ebenfalls bei einer antifaschistischen Demonstration – von der Polizei erschossen.

Der Mordterror der faschistischen Banden und der Polizei hat den Zorn der italienischen Werktätigen hervorgerufen und sie haben im ganzen Land antifaschistische Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt und dabei Lokale, Schlupfwinkel und Büros der neofaschistischen Partei MSI (Movimento Sociale Italiano) angegriffen und zerstört und gegen die Polizei gekämpft, die die Demonstrationen mit Gewalt zu unterdrücken versuchte. Als am 17. April 30 000 Demonstranten in Mailand das Provinzbüro der MSI angreifen wollten, ermordete die Polizei Giannino Zibecchi und als daraufhin die empörten Arbeiter, Werktätigen und Studenten zur Kaserne der Karabinieri zogen, eröffneten die Polizisten aus den Fenstern der Kaserne das Feuer auf die Menschen.



Die italienische Bourgeoisie bedient sich des konterrevolutionären Terrors der faschistischen Banden, um den Kampf den die Volksmassen angesichts der schweren Lage führen, in die sie durch die tiefe Krise, die alle Bereiche der kapitalistischen italienischen Gesellschaft erfaßt hat, zu unterdrücken. Es ist längst bekannt, daß die MSI und die zahlreichen anderen neofaschistischen Organisationen und Banden auf das engste mit den italienischen Monopolkapitalisten verbunden sind und daß sich ihre Fühler bis in die höchsten Spitzen der Armee, der Verwaltungen und der Gerichte erstrecken. So wurde erst Anfang November vergangenen Jahres in Italien der Plan eines faschistischen Staatsstreichs aufgedeckt.

Gleichzeitig hat die Bourgeoisie gerade in der letzten Zeit eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Faschisierung des Staatsapparates voranzutreiben und Ministerpräsident Moro hat bereits weitere Gesetzesinitiativen angekündigt und erklärt, er werde alles tun, um die Schlagkraft der Polizei zu erhöhen und die „Sicherheitsorgane" des Staates besser „zu koordinieren".

Es ist bezeichnend, daß die italienische Bourgeoisie dabei die volle Unterstützung der modernen Revisionisten der „K"PI hat, deren Chef Berlinguer sich mit Moro getroffen hat, um über „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" zu beraten. Während sie so offen an der Unterdrückung der Werktätigen und der verschärften Faschisierung beteiligt sind, entfalten die modernen Revisionisten gleichzeitig eine breite Demagogie, um den Kampf der Werktätigen auf die Bahn des gewaltlosen „Kampfes" zu führen und ihnen einzureden, daß die faschistische Gefahr mit Hilfe des bürgerlichen Staates bekämpft werden kann.

„Nuova Unita", das Zentralorgan der KPI/ML, **hat daher schon Anfang des Jahres die italienischen Werktätigen aufgerufen, den Kampf gegen den Faschismus und die Faschisierung mit dem Kampf gegen die modernen Revisionisten zu verbinden und erklärt, daß die Arbeiterklasse und das ganze Volk ihre Zukunft niemals in die Hände der Einrichtungen und Institutionen der Bourgeoisie legen können. Um den Faschismus zu verhindern, gibt es nur einen Weg: die proletarische Revolution. Mit diesem großen Ziel vor Augen, hat die KPI/ML alle antifaschistischen Kräfte in Italien aufgerufen, ihren Kampf gegen Faschismus und Faschisierung, gegen die modernen Revisionisten zu verstärken, um den Sieg zu erringen.**

Griechenland

Kampfdemonstrationen gegen US-Imperialismus

Anläßlich des Jahrestages des faschistischen Militärputsches vom 21. April 1967 in Griechenland demonstrierten in Athen 300 000 Menschen für die Opfer der Militärdiktatur und gegen Faschismus. Die Demonstration richtete sich vor allem gegen den US-Imperialismus, der an der faschistischen Unterdrückung des griechischen Volkes sowie an dem Militärputsch vor acht Jahren maßgeblich beteiligt war.

Presseagenturen zufolge kam es am Abend des Jahrestages vor der US-Botschaft in Athen zu einer Kampfdemonstration von 50 000 Menschen, die gegen die Botschaft vorgingen. Trotz wilder Polizeieinsätze mit Panzerfahrzeugen und Tränengasbomben drangen die Demonstranten in die Botschaft ein und zerstörten die gesamte Einrichtung des US-Gebäudes, von dem aus die US-Imperialisten ihre Großmachtaktivitäten gegen das griechische Volk lenken. Gegen die Panzerfahrzeuge der Polizei wurden von den Demonstranten Barrikaden und Straßensperren errichtet. Nur mit Terror und rücksichtsloser Gewalt gelang es dem Polizeiheer, die Volksmassen zurückzudrängen.

Nicht von ungefähr richtete sich an diesem Jahrestag die Wut und der Haß gegen den US-Imperialismus. Mußte die faschistische Militärjunta im letzten Jahr angesichts des immer stärker werdenden Kampfes des Volkes abtreten, so sitzen die eigentlichen Drahtzieher, die US-Imperialisten, immer noch in Griechenland und verfügen über Militärbasen, von denen aus sie das griechische Volk bedrohen und mit ihren Flotten im Mittelmeer ihr Unwesen treiben. Erst im letzten Sommer hatte das griechische Volk diese Bedrohung spüren müssen. Die beiden Supermächte, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, hatten die Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland ausgenutzt, um Spannungen zu schaffen. Sie hatten mal die eine, mal die andere Seite angestachelt, um auf diesem Feuer ihr eigenes Süppchen zu kochen, mit dem Ziel, sich die Insel Zypern einzuverleiben. Gegen diese Politik der Hegemonie, die beide Supermächte in heftiger Rivalität zueinander betreiben, die eine schwere Bedrohung der Völker bedeutet, richtet sich der Kampf des griechischen Volkes. Daß die griechische Regierung versucht, mit Panzerfahrzeugen und konterrevolutionärem Terror den antiimperialistischen Kampf des Volkes gewaltsam zu unterdrücken, zeigt, daß die Regierung, wie zuvor die faschistische Militärjunta, die Interessen des US-Imperialismus schützt. Doch der militante Kampf gegen die US-Botschaft und das aufgebotene Polizeiheer ist die eindeutige Antwort: **Der Widerstandskampf des griechischen Volkes läßt sich nicht unterdrücken.** Und es wird diesen Kampf solange führen und weiter verstärken, bis es im Kampf gegen beide Supermächte vollständig seine Freiheit und Unabhängigkeit errungen und seine Unterdrücker beseitigt hat.

Das „unsägliche Leid" von Stockholm

Elende Heuchelei der Bourgeoisie

„Die Mörder laben sich an Schinkenbrötchen und Kaffee" – Das ist die Schlagzeile der BILD am Sonntag. Gemeint sind die Besetzer der Botschaft in Schweden. Gemeint ist praktisch die Frage, warum gebt ihr ihnen überhaupt noch was zu essen, hättet ihr sie doch gleich umgebracht. Die Bourgeoisie frohlockt heute, weil der „Rechtsstaat" mit seinem „Hartbleiben" den Versuch, durch das Besetzen der deutschen Botschaft in Stockholm die Freilassung von 26 Revolutionären aus deutschen Gefängnissen zu erzwingen, hat scheitern lassen. Aber dieses Scheitern stand von vornherein fest.

Nur Kinder können annehmen, der westdeutsche Staatsapparat würde 26 seiner erklärten Todfeinde, die er durch Isolationshaft foltert, deren Freilassung er immer wieder als „staatsgefährdend" bezeichnet hat, freilassen, um das Personal seiner Botschaft in Sicherheit zu bringen. Rechnet man aber trotzdem mit dem Erfolg einer solchen Aktion, so ist das eine glatte Unterschätzung des westdeutschen Staatsapparates.

Wir verstehen den Haß, der die Besetzer zu dieser Aktion getrieben hat. Auch wir hassen die Bourgeoisie. Haben sie nicht einen der Unseren, Genossen Routhier, ermordet? **Aber unser Haß darf nicht blind sein, er darf nicht unseren Blick dafür trüben, wie der einzig mögliche und erfolgreiche Weg zur Revolution sein kann.** Nur wenn die bewaffneten Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei zum bewaffneten Kampf antreten, wird dieses kapitalistische System zerschlagen werden können. Mao Tsetung hat uns gelehrt: **„Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht!"**

Wenn aber nun die Regierung und die anderen bürgerlichen Parteien sich hinstellen und das „unsägliche Leid" beklagen, erschüttert tun, dann sagen wir ihnen: Ihr elenden Heuchler! Schämt ihr euch nicht, das „unsägliche Leid" von Stockholm zu beklagen, und gleichzeitig kein Wort zu verlieren über den Massenmord, den die amerikanischen Imperialisten zwei Tage vorher in Vietnam angerichtet haben, als sie „neuartige" Bomben abwarfen, die in kilometerweitem Umkreis durch Luftentzug jedes menschliche Wesen töten! Nein, ihr schämt euch nicht, ihr klatscht den Mördern begeistert Beifall. Eure „Menschlichkeit" hat nämlich genau da ihre Grenzen, wo es um das Leben des Volkes geht. Nicht nur in Vietnam. Auch bei uns hier. Jährlich 5 000 Tote am Arbeitsplatz durch mörderischen Akkord, durch Profitgier! Immer mehr Menschen werden von der Polizei einfach niedergeschossen, zusammengeschlagen. Es gibt noch tausende Beispiele, die alle das ganze Ausmaß eurer Unmenschlichkeit zeigen.

Polizeiknüppel gegen Duisburger Arbeiter

In der Nacht vom 22. auf 23. April gehen in Duisburg-Ruhrort drei junge Arbeiter nach Hause. Sie wundern sich, daß so viele Mannschaftswagen der Polizei unterwegs sind, auf ihrem Weg treffen sie allein auf fünf. Plötzlich hält einer der Mannschaftswagen an, Polizisten steigen aus und verlangen die Personalausweise der drei jungen Männer. Ein Freund der Betroffenen berichtete uns, übereinstimmend mit anderen Zeugenberichten, was nun geschah:

„Die drei haben ihren Ausweis nicht dabei. Sofort werden sie daraufhin nach Waffen durchsucht, an die Wand gestellt und abgetastet. ‚Überprüfung verdächtiger Personen', heißt es später im Polizeibericht. Herr Müller, der sich durchaus nicht als ‚verdächtige Person' vorkommt, macht eine zynische Bemerkung – er sagt, daß er nicht homosexuell sei und so eine Tortur nicht länger mitmache. Da springt ein Polizist auf ihn zu und schlägt ihn zu Boden. Ein zweiter Polizeiwagen trifft ein. Herr Müller wird von der Polizei mit Füßen ins Auto getreten. Die beiden anderen Kollegen sind völlig entsetzt.

Auf ihre Frage, warum dies alles geschieht, erhalten sie von einem der Polizisten die Antwort: Wer einen Kollegen von mir anpackt, den schlage ich kaputt! Tatsache ist jedoch, daß nicht Herr Müller die Polizei, sondern die Polizei Herrn Müller angegriffen hat. Mit zerfetzter Jacke, blutunterlaufenem Gesicht und quälenden Schmerzen wird der Kollege zur Wache abtransportiert. Auf dem Weg von Ruhrort zur Meidericher Polizeiwache, keine zehn Autominuten entfernt, hält der Streifenwagen an und wieder prügeln mehrere Polizisten auf den Kollegen ein.

In einem erbärmlichen Zustand kommt er in der Wache an: Statt ihn nun in Behandlung eines Arztes zu geben, zapfen ihm diese Menschenverächter zweimal Blut ab und müssen feststellen, daß er nicht unter Alkoholeinfluß steht.

Die Qual soll für ihn noch nicht zu Ende sein. Einer der Polizisten zieht sich Handschuhe über und schlägt mit geballten Fäusten auf den völlig wehrlosen und erschöpften Jugendlichen ein.

Nun kann er gehen. Drei Kilometer zu Fuß, mit nacktem Oberkörper – denn seine Jacke besteht nur noch aus zerrissenen Fetzen, zum nächsten Krankenhaus. Dort wird festgestellt, daß Herr Müller eine mittelschwere Gehirnerschütterung, ein völlig geschwollenes Gesicht, ein verletztes Auge hat, und daß er mindestens zwanzig Schläge mit dem Gummiknüppel bekommen hat. Er liegt jetzt im Krankenhaus. **Der Kommentar des Polizeisprechers tags darauf: „Widerstand muß mit Schlagstöcken gebrochen werden . . ."**

Der Geist, der aus diesem Kommentar spricht, ist von Duisburger Polizeisprechern bereits weithin bekannt. In dieser Stadt wurde der Mord an unserem Genossen Günter Routhier verübt. Die Staatsanwaltschaft hat das von Frau Routhier angestrengte Verfahren gegen die Mörder ihres Mannes zu den Akten gelegt – eingestellt. **Nicht die Täter werden verurteilt, sondern die Ankläger. Diese Erfahrung der praktischen „Solidarität der Demokraten" stärkt der Duisburger Polizei das Rückgrat für immer neue Angriffe gegen die Bevölkerung, wie der beschriebene Fall zeigt.**

Aber sie sollen nicht denken, daß sie ihren Terror ungehindert und ohne Folgen gegen Arbeiter, gegen Kommunisten ausüben können. **Als sie Genossen Günter ermordet haben, sind Hunderte neu aufgestanden, um seinen Kampf weiterzuführen. Als sie in dieser Woche Herrn Müller krankenhausreif geschlagen haben, haben sich dessen Freunde, Verwandte und Nachbarn sofort zusammengetan, um Unterschriften gegen diesen Polizeiüberfall zu sammeln.** Sie werden auch gerichtlich gegen die Polizei vorgehen, sie werden ihre Erfahrungen mit der Klassenjustiz machen und ihre Schlüsse daraus ziehen können. **Ein Freund von Herrn Müller hat nach diesem Polizeiüberfall erkannt, wo sein Platz sein muß. Mit der KPD/ML will er jetzt kämpfen. Er verbreitet seit Tagen die Wahrheit über den Polizeiüberfall durch den Wahllautsprecherwagen der Partei, denn die bürgerliche Presse verbreitet die Lügen der Polizei.** An diesem Fall werden viele erkennen, daß dieser Staat nicht ihr Staat, und daß diese Polizei nicht ihre Polizei ist, sondern daß beides der Klassengegner zum Kampf gegen die Werktätigen in der Hand hat.

Kurz berichtet

BREMEN

Rechtzeitig zum Roten 1. Mai erschien die erste Nummer von „De Anstorm", Betriebszeitung der KPD/ML für die bremischen Häfen. Die Genossen rufen auf zum Boykott der Betriebsratswahl, propagieren die RGO und legen in einem Grundsatzartikel die Ziele der Partei dar.



HATTERSHEIM

Weil sie angeblich Plakate der KPD/ML geklebt haben, werden die beiden Lehrer Tobias und Ilse W. nicht zum Schuldienst zugelassen. Die Genossen verteilten zu dieser Unterdrückungsmaßnahme einen „Offenen Brief" und erhielten folgende Antwort eines 14jährigen Schülers: „Ich habe alle Flugblätter über diese Schweinerei gelesen und auch geholfen, sie auszuteilen . . . Ich dachte, daß es in Deutschland eine Demokratie gibt, wo jeder seine Meinung sagen darf, und jetzt? Jetzt ist sogar das Plakate kleben verboten. Also, wenn wir Euch helfen können, dann teilt es mir bitte mit . . ." Auf diese Solidarität werden die Genossen bauen!

KARLSRUHE

Auf einer „Kandidatenbefragung" im Arbeiterviertel Oberreut wurden Genossen der Partei, die den modernen Revisionismus der D„K"P entlarvten, in erstaunlich offen faschistischer Manier von den D„K"P-Kandidaten beschimpft: „Du rote Ratte! Euch müßte man alle vernichten!" Dieser Arbeiterverräter stieß auf Abscheu nicht nur unter den Teilnehmern der Veranstaltung, sondern auch unter den D„K"P-Sympathisanten selbst. Sie bezeichneten ihn als „Dreckschwein", ein D„K"P-Sympathisant meinte: „Hüte Dich vor dem Revisionismus!" Die Genossen konnten mehrere ROTE MORGEN verkaufen und neue Kontakte anknüpfen.

AACHEN

Auch hier gewann die Partei neue Sympathisanten im Kampf gegen die modernen Revisionisten. Als während einer Veranstaltung von D„K"P-Häuptling Mies Schlägertrupps den Genossen der Partei den Eintritt verweigerten, und Marxens „Kritik am Gothaer Programm" als „Quatsch" beschimpften, setzten sich einige Sympathisanten der D„K"P und der „S"DAJ demonstrativ mit den Genossen zusammen, um die Rede des Genossen Ernst Aust zu diskutieren. Als ein „S"DAJ-Führer diese Diskussion lächerlich machen wollte mit den Worten: „Wenn die Sowjets das wirklich wollten, dann stünden sie in drei Tagen am Atlantik", gingen den Jugendlichen endgültig die Augen auf: „Dann hat die KPD/ML ja recht, und wir wissen endlich, wer unsere Kommunistische Partei ist", sagte einer.

BERICHTIGUNG

Im ROTEN MORGEN Nr. 17/75 veröffentlichten wir ein Gedicht zu Lenins 105. Geburtstag. Fälschlicherweise stand in der Überschrift: 95. Geburtstag Lenins. W. I. Lenin wurde am 22. April 1870 geboren. – RM-Redaktion

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Betriebsratswahlen:

Erneut 3 rote Betriebsräte gewählt

Der Genosse Bernd Woitalla, Roter Betriebsrat auf HDW in Kiel, der schon vor der Wahl gekündigt wurde, hat jetzt seine fristlose Entlassung erhalten. Begründung: er hat das Flugblatt der Roten Liste unterzeichnet, den Betriebsfrieden gestört und angeblich seien die Kollegen froh, ihn loszuwerden – obwohl 22% der Kollegen die Liste gewählt haben. In Düsseldorf bei Mannesmann wurde der Genosse Uwe Bräutigam, Roter Betriebsrat, entlassen, indem zwei Lehrlinge erpreßt wurden zu sagen, er habe eine Unterschriftensammlung im Betrieb durchgeführt.

Jetzt nachdem in mehreren Betrieben die IGM schwere Niederlagen einstecken mußte und alle Versuche gescheitert sind, die Wahl Roter Listen und Roter Betriebsräte zu verhindern, versuchen sie die Roten Betriebsräte mit übelsten und kriminellen Methoden zu entlassen. Dabei brechen und beugen sie ihre Gesetze gerade so wie es ihnen paßt.

Das zeigt sich hier deutlich, denn selbst nach dem arbeiterfeindlichen BVG haben die Betriebsräte Kündigungsschutz. Das Vorgehen der Gewerkschaftsbonzen zeigt ihre Angst vor den Roten Betriebsräten. Sie fürchten vor allem, daß durch die Roten Betriebsräte der Zusammenschluß der Kollegen auf revolutionärer Grundlage vorangetrieben wird und der Charakter und die Machenschaften des Gewerkschaftsapparates als Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse konkret im Betrieb entlarvt werden. Der Betriebsrat ist für die Kapitalisten und Gewerkschaftsführer ein wichtiges Instrument zur Niederhaltung und Spaltung der Arbeiter.

Im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat konnte in Kiel bei Elac ein großer Erfolg errungen werden.

Fast die Hälfte der Belegschaft wählten die vier Roten Kandidaten. Damit kommen drei Rote Betriebsräte in den zehnköpfigen Betriebsrat. Das ist ein großer Erfolg gegen die IGM-Führer, die mit verschiedensten Mitteln die Wahl der Roten Kandidaten verhindern wollten. Die Kollegen und Genossen waren stolz und froh über ihren Erfolg, und abends veranstalteten sie eine Siegesfeier. Der „Rote Lautsprecher", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Elac, unterstützte die Wahl der Roten Kandidaten. Am Tag der Wahl gingen mehrere Kollegen mit dem „Roten Lautsprecher" unter dem Arm zur Wahl, weil darin die Listenplätze veröffentlicht waren.

Die Genossen wurden in ihren Abteilungen von den Kollegen unterstützt, sie haben Propaganda gemacht, haben die Listenplätze verteilt. Auch ausländische Kollegen kamen und fragten nach den Nummern für die Listenplätze. Diesen Erfolg konnten die Genossen nur erreichen, weil sie sich auf die Kollegen gestützt haben, immer auf ihrer Seite standen, weil sie konsequent und unversöhnlich gegen den Gewerkschaftsapparat kämpften und sich nicht einschüchtern ließen. Sie haben es verstanden, die zahlreichen Angriffe der Gewerkschaftsführer in Niederlagen zu verwandeln.

So versuchten die DGB-Bonzen durchzusetzen, daß nur Funktionäre auf der Liste kandidieren. Doch das war ein Mißerfolg. Sie verlangten von den Roten Kandidaten daraufhin, sich schriftlich vom „Roten Lautsprecher" zu distanzieren. Doch auch hier ernteten sie eine Niederlage. Zuletzt, vor der Wahl, wollten sie ein Flugblatt verteilen, in dem sie darüber jammerten, daß die Genossen sich nicht vom „Roten Lautsprecher" distanzieren. Als dieses Flugblatt von einem Vertrauensmann in eine Abteilung gebracht wurde, gab es einen Auflauf. Ein Kollege hielt dem V-Mann die Stellungnahme des „Roten Lautsprechers" zu diesen Erpressungsversuchen unter die Nase und sagte: „Hier, hast Du schon gelesen? Der V-Mann las den Artikel durch, klemmte den „Roten Lautsprecher" unter den Arm und sagte: „Ne, da verteil' ich nicht." Die Genossen benutzten die IGM-Flugblätter, um die Machenschaften des IGM-Apparates zu entlarven. Durch diese Erfolge konnte der Ansatz einer RGO-Gruppe, die bei Elac schon steht, gestärkt werden.

„Arbeitsbeschaffungsprogramm" der Regierung

Nichts als Betrug an den VW-Arbeitern

Nachdem beschlossen ist, daß 25 000 Arbeiter entlassen werden sollen und Werke stillgelegt werden, tischen Kapitalisten und Regierung Gründe auf, die darüber hinwegtäuschen sollen, daß der Kapitalismus selbst die Massenentlassungen hervorbringt. Sie behaupten, es liegt am schlechten Management, an der falschen Modellpolitik von Leiding und Nordhoff und es liegt am zu „hohen Haustarif".

Die unverschämteste Behauptung dabei ist, daß der „hohe Haustarif" die Ursache sein soll. Im Klartext heißt das: Kollegen, ihr habt die Massenentlassungen verschuldet, weil ihr zuviel Lohn fordert. Ihr habt es zu verantworten, daß tausenden Familien in den betroffenen Regionen die Existenzgrundlage genommen wird. „Hoher Haustarif"? Ihr Kapitalisten beutet doch die Arbeiter aus und prasst auf ihre Kosten.

Der Grund liegt in der kapitalistischen Krise. Ein erbitterter Kampf um Maximalprofite wird geführt. In Massen sind die Autos produziert worden, in Konkurrenz zu den anderen Autokonzernen. Überschichten noch und noch, und einmal ist der Markt voll. Massenentlassungen, Stillegungen sind die Folge der chaotischen kapitalistischen Marktwirtschaft.

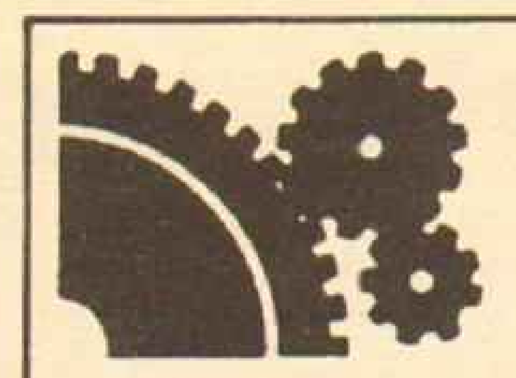
General Motors hat in Amerika bereits 100 000 Arbeiter auf die Straße geschmissen, und wer kann sich denn heute auch noch ein Auto leisten, das geht doch nur unter größten Anstrengungen. Das Ziel der VW Kapitalisten ist es, den Betrieb durch Massenentlassungen, durch Rationalisierung, also durch noch schärfere Ausbeutung der Arbeiter wieder „konkurrenzfähig" zu machen um noch höhere Profite zu scheffeln. Viele Kollegen glauben jedoch diesen Lügen der Kapitalisten und der Regierung nicht.

Letzte Woche beschloß nun die Regierung ein sogenanntes Arbeitsbeschaffungsprogramm und gab sich damit einen „sozialen Anschein". Wem nützt aber dieses Programm: „Bund hilft VW-geschädigten Regionen", „Regierung stellt 105 Millionen DM für die Schaffung von 18 000 Arbeitsplätzen zur Verfügung". Es nützt bestimmt nicht der Arbeiterklasse! Das Geld, das ist erst einmal das Geld, was den Arbeitern ausgepresst wurde, und die 105 Millionen fließen natürlich nicht in die Taschen der Arbeiter, sondern damit sollen gewinnträchtige Betriebe subventioniert werden, in denen man einen Teil der Kollegen dann weiter ausbeuten kann. So wie es Anfang der 60er Jahre, nachdem tausende Kumpel entlassen wurden, mit Opel gemacht worden ist. Mit 100 Millionen DM aus Steuergeldern wurde Opel in Bochum angesiedelt, wo ein Großteil der entlassenen Kumpel dann ausgebeutet wurde, von denen heute bereits viele erneut entlassen sind.

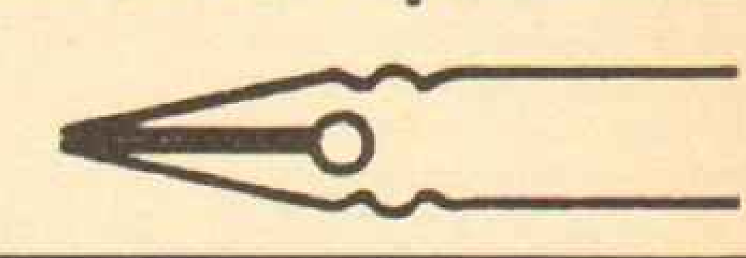
Niemals hat sich dieser Staat um die Sorgen der Arbeiterklasse gekümmert und das kann er auch nicht, denn er ist ein Unterdrükkungsinstrument der Kapitalistenklasse. Mit solcher Demagogie sollen Illusionen in diesen Staat erzeugt werden und Hoffnungen gestärkt werden, daß das Problem der Arbeitslosigkeit im Kapitalismus selbst gelöst werden kann, ohne ihn abzuschaffen. Es soll verhindert werden, daß die Kollegen gegen diese Entlassungen ankämpfen, deren Existenz zum großen Teil von der Arbeit bei VW abhängt, weil es, wie z. B. in Wolfsburg, sonst kaum eine andere Industrie gibt. Und daß die Kollegen diesen Angriff nicht so einfach hinnehmen, haben sie in Demonstrationen und Streiks bereits bewiesen.

DAS ROTE LENKRAD

Würde lediglich die Regierung und die Kapitalisten solche Lügen verbreiten, würden sie noch schneller durchschaut werden. Die sogenannten Arbeitervertreter, wie die IGM-Führer und D„K"P-Revisionisten, die Lakaien der Bourgeoisie, schüren aber genau diese Illusionen und tragen damit Verwirrung in die Arbeiterklasse. Deshalb kommt es darauf an, wie das „Rote Lenkrad", die Betriebszeitung der KPD/ML bei VW schreibt, die Kollegen im unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten, ihre Regierung und ihre Lakaien zusammenzuschließen, um gegen die Massenentlassungen erfolgreich zu kämpfen.



Arbeiterkorrespondenzen



WARNSTREIK BEI RHEINSTAHL HENSCHEL, KASSEL!

Am Mittwoch, den 16. 4. 75, streikten 500 Kollegen von Rheinstahl Henschel, Werk Rothenditmold Maschinenbau, gegen die drohende Verlagerung des Maschinenbaus nach Witten (Ruhrgebiet), und gegen die drohenden Entlassungen. Seit Jahren kämpfen die Henschel-Arbeiter gegen den Rationalisierungsterror der Kapitalisten. (Gegen Kriegsende hatte Henschel insgesamt 22 000 Mann Belegschaft, heute nur ca. 10 000 (Rheinstahl/Henschel und Hanomag zusammen). Erklärtes Ziel der Rheinstahlkapitalisten ist es, die Belegschaft des ganzen Rheinstahlkonzerns von 54 000 auf 45 000 Mann bis 1976 herunterzurationalisieren.

Die Kollegen antworteten darauf mit dem Streik. Was taten aber die BR-Bonzen und Vertrauensleute? Sie sabotierten den Streik, wo sie nur konnten. Sie versuchten auf der Betriebsversammlung einen Tag nach dem Streik, den Streik totzuschweigen. Mit keinem einzigen Wort unterstützten sie den Kampf der Kollegen. Hinter ihren Heucheleien wie „Sorge um die Arbeitsplätze" kam heraus, daß die BR-Bonzen der Verlagerung des Maschinenbaus zustimmen wollten und jetzt nur noch über Bedingungen feilschten, Bedingungen wie z. B. neue Produktion zu kaufen, alte Aufträge weiterzufertigen usw.

Aber große Reden von „Solidarität" und „gewerkschaftlichem Kampf" schwangen die V-Leute, als sie die Kollegen zur Betriebsratswahl aufforderten. Ihre größte Sorge war, daß die Kollegen den Arbeiterverrätern der IGM eine Absage erteilen, d. h. die Wahl boykottieren. Darum hetzten die V-Leute, allen voran der D„K"P-Bonze Schröder, Mitglied im Parteivorstand der D„K"P, gegen den „Hammer", die Betriebszeitung der KPD/ML, die die Kollegen zum Boykott der IGM-Liste aufgerufen hatte. Die V-Leute geiferten „Spalter", „Toilettenpolitiker", „Schmierblatt" usw., aber außer den vorderen sogenannten „Jubelbänken" der Bonzen klatschte kein einziger Kollege. Das zeigt, wer auf der Seite der Kollegen steht und für sie kämpft und wer hier recht hat!

WERKSCHUTZ STELLT FALLE FÜR GENOSSEN

Der Kollege R. W., Sympathisant der KPD/ML, arbeitet auf Mittagsschicht an seiner Drehbank. Der Vorarbeiter kommt, er sagt: „Draußen will Dich einer sprechen". Draußen ist es dunkel. Ein griechischer Kollege begegnet ihm, der um Feuer bittet.

Plötzlich taucht der Werkschutz auf. „Sie haben da gerade Kleber angeklebt", schreit er. Der Kollege dreht sich um, da hingen wirklich zwei. „Freiheit für alle politischen Gefangenen – KPD/ML". Sie waren schon ganz trocken und fest.

Ein zweiter vom Werkschutz kommt, der das auch gesehen haben will. Unter Protest werden der griechische Kollege und R. W. ins Werkschutzbüro geschafft. Ein Lügenprotokoll wird verfaßt, die beiden Werkschützer unterschreiben. Der griechische Kollege soll dasselbe aussagen, er bleibt aber bei der Wahrheit. Auch der Pförtner, ein alter Kollege, versichert, daß niemand R. W. sprechen wollte. Damit ist bewiesen, daß es sich um eine Falle gehandelt hat, um einen Vorwand zur Entlassung von R. W. zu haben.

Der Maschinenschrank, Spind und Tasche des Kollegen werden durchsucht, aber vergeblich. Am nächsten Tag wird der Kollege beurlaubt, und dann muß er zum Personalchef. Ein älterer Kollege, den R. W. mit seinem Auto mitnimmt, wird auch verhört, wie bei der Gestapo: „Woher kennen sie den Mann? Was wissen sie von ihm? Hat er sie zu beeinflussen versucht?" Dieses Vorgehen steigerte die Empörung unter den Kollegen noch mehr.

Betriebsratsvorsitzender Busch, der auch Aufsichtsratsmitglied und Polizeibeirat ist, sagt: „Der Betriebsrat stellt sich nicht hinter Kommunisten". Damit spricht er auch im Namen der D„K"P, mit der er gemeinsame Sache macht, die auch im Betriebsrat vertreten ist, die sich zwar Kommunisten nennen, aber nur, um ihren Verrat zu tarnen. Warum sie das machen, plapperte ein Werkschützer aus: der „Fehler" des Kollegen R. W. sei sein Auftreten auf einer Belegschaftsversammlung vor einem Jahr, seitdem hätten sie gewußt, wen sie suchten.

Damals sagten viele Kollegen: „Es ist richtig, den Bonzen die Meinung zu sagen, die stehen ja auf der anderen Seite . . . und wenn einer dafür fliegen soll, so ist das letzte Wort noch nicht gesprochen – wir sind auch noch da. Auch jetzt hielten die Arbeiter zu ihrem kommunistischen Kollegen und verhinderten seine Entlassung.

SEELEUTE WOLLTEN KAPITÄN ÜBER BORD WERFEN

Am 21. 4. 1975 meuterten auf dem M/S „NANA" die farbigen Seeleute gegen den weißen Kapitän. Gegen 15.00 Uhr gab es an Bord eine Auseinandersetzung mit dem Kapitän. Die Seeleute wollten den Kapitän über Bord werfen. Die Polizei rückte sofort mit mehreren Streifenwagen, einem Wasserschutzboot und einem „Rettungshubschrauber" (wie es hieß) an und zerschlugen die Meuterei.

Der Dampfer, auf dem sich die Auseinandersetzung abspielte, läuft unter Panama-Flagge für die EAL-Reederei (Europa-Afrika-Linie). Die Seeleute an Bord arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Meist fahren ein weißer Kapitän und ein weißer Offizier, der Rest der Mannschaft besteht aus farbigen Kollegen.

Die zwei Weißen haben die ganzen Mannschaftsräume an Bord zur Verfügung, die Mannschaften hausen meist unter Deck in der ersten Luke, die notdürftig hergerichtet worden ist. Sie bekommen im Verhältnis zu den deutschen Seeleuten nur Pfennige, die Frachtraten sind aber natürlich die gleichen. Darum flaggen so viele Reeder aus, denn wenn sie unter anderen Flaggen laufen, dann gelten die dortigen Arbeitsbedingungen.

Viele Kollegen waren empört über das brutale Vorgehen der Polizei. „Da siehst du mal, zum Reeder halten die immer", sagte ein Kollege. „Aber vielleicht werfen die das Schwein auf hoher See über Bord, da kommt so schnell keine Polizei."

Revisionistisches

DDR-KUNST – GIFT DER NEUEN BOURGEOISIE

Zerfließende Gesichter, nackte Fleischmassen in zahlreichen Darstellungen intimster Art, Serien von Arbeitergesichtern mit müdem, resigniertem Ausdruck, zusammengeschossene und geschlagene Klassenkämpfer – dazwischen Lenin halb aufgelöst in einer Farbwolke – im Hauptsaal dann ein dreigliedriges Monumentalbild – wie ein Altar: ein gekreuzigter vietnamesischer Befreiungskämpfer, verquirlt mit aufgerissenen Leibern, Totenschädeln, Nazifahnen, erschlagenen Negern, bodenlos stürzenden Arbeitern. All dieser wüste Spuk ist die erste große offizielle Kunstausstellung aus der DDR zur Zeit im Hamburger Kunstverein.

Zusammengepinselt wurde dieser Alptraum von Willi Sitte, dem Präsidenten des Verbandes bildender Künstler in der DDR – organisiert wurde sie vom D„K" P-Vorstand, dem im Katalog extra Dank ausgesprochen wird. Willi Sitte – künstlerisches Sprachrohr des modernen Revisionismus – wird durch die Bank im bürgerlichen Blätterwald gelobt. Vom „Spiegel", über „Stern", „Frankfurter Rundschau" bis zu Springers „Welt" findet man zahlreiche anerkennende Worte – man lobt die veränderte politische Auffassung der DDR-Führer, die einen bürgerlichen Individualisten wie Sitte zum DDR-Nationalpreisträger und „Kunstpapst" gemacht hat. Die Revisionisten-Führer in Ost und West können zufrieden sein.

Mit einem angstvollen Seitenblick auf die revolutionäre Entwicklung in der ganzen Welt behaupten die modernen Revisionisten von ihren bürgerlichen Klecksereien, es handele sich um „eine der Facetten des sozialistischen Realismus".

Was sagte Lenin über den sozialistischen Realismus? ***„Die Kunst gehört dem Volke. Sie muß ihre tiefsten Wurzeln in den breiten schaffenden Massen haben. Sie muß von diesen verstanden und geliebt werden. Sie muß sie in ihrem Fühlen, Denken und Wollen verbinden und emporheben, sie muß Künstler in ihnen erwecken und entwickeln."***

Kann diese „Kunst" eines Willi Sitte von den Massen verstanden und geliebt werden? Stellt sich in den resignierten Gesichtern der Buna-Arbeiter oder in den gesichtslosen Leibern das „Fühlen, Denken und Wollen" des Volkes dar? Keinesfalls. **Diese offizielle DDR-„Kunst" ist auch nicht ansatzweise eine machtvolle Waffe für die breiten Volksmassen, sondern dient der Entwaffnung und Verwirrung der Arbeiterklasse. Resignation, Niederlage, Ende mit Schrecken – das ist der typische Eindruck, den die Bourgeoisie über den proletarischen Klassenkampf, über den Befreiungskampf vermitteln will, eben um von diesem Kampf abzuschrecken.** Willi Sittes Malerei dient der neuen herrschenden Klasse in der DDR, der neuen Bourgeoisie, als Waffe gegen das revolutionäre Volk. Sie dient gerade dazu, das Gift der alten Welt, der kapitalistischen Ordnung mit ihrer Rauschgift- und Pornographieideologie dem Volk anzupreisen.

Die Ausstellung zeigt anschaulich für jeden Kollegen, der noch Illusionen über den Weg der DDR hat, daß dort, eingezäunt von Stacheldraht und Mauer, schon lange nicht mehr der Arbeiter und Bauer die Macht inne hat, sondern eine Clique, die mit allen Mitteln der Unterdrückung, Demagogie und Manipulation an der Macht bleiben will.

Wer dagegen die zahlreichen Plakate, Holzschnitte, Zeichnungen usw., wer die Kunst des sozialistischen Chinas und Albaniens kennt, der weiß, welche revolutionäre Kraft der sozialistische Realismus ausstrahlt. Er wird die Ausstellung des Revisionisten Willi Sitte nicht enttäuscht, sondern wütend verlassen.

Arbeitslos: Erst waren sie verzweifelt -

Jetzt kämpfen sie für den Ausweg

Arbeitslosigkeit, Schulden, Raten, die nicht mehr bezahlt werden können, Ärger mit den Behörden, Ungewißheit, wie man die nächste Miete zahlen soll, wie man die Familie richtig versorgen soll und den Kindern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen soll. Das sind die Auswirkungen des Kapitalismus, der viele Familien ins Elend und zur Verzweiflung treibt. Wir haben ein Gespräch mit einer Familie geführt, die selbst am Rande der Verzweiflung stand, deren Lage kein Einzelfall, sondern ein Beispiel für die Lage vieler Familien ist, bei denen es häufig sogar noch schlimmer aussieht. Wir drucken hier Auszüge aus diesem Gespräch ab.

„Vor vier Jahren haben wir bei der Commerzbank einen Kredit aufgenommen, als wir geheiratet haben, wir haben eine Wohnung in Dortmund-Scharnhorst bekommen und sie mußte eben eingerichtet werden. Mit den alten Möbeln, die ich früher hatte, war nicht mehr viel los und deshalb haben wir uns einigermaßen eingerichtet. Die Möbel mußten wir der Bank überschreiben, denn die wollen ja eine Sicherheit haben. Ja, das ging alles soweit noch ganz gut, solange mein Mann noch genügend Arbeit hatte und ab und zu Überstunden machen konnte. Später hatte ich dann bekam ich häufig Blutsturz und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Mein Mann hat viel krankfeiern müssen und Urlaub nehmen müssen, um zu Hause zu sein. Ich kam aus dem Krankenhaus, aber nur gegen Unterschrift, der Chefarzt wollte die Verantwortung nicht übernehmen. Carsten wurde gerade eingeschult, mein Mann hat viel auf dem Bau gearbeitet, und ich mußte immer liegen.

Ich habe die Fürsorge eingeschaltet und gefragt, ob sie nicht eine Hilfe hätten, aber die konnten mir dann auch nicht helfen. Für das Kind mußte ich eine komplette



Arbeitsamt Essen: Stundenlang müssen die Kollegen warten

noch eine Nebenbeschäftigung beim Otto-Versand angenommen, um etwas Geld dazuzuverdienen, doch das erwies sich als Fehlschlag. Mein Mann hat damals, wenn es hochkam, mit Überstunden ca. 1 400 DM erhalten. Damals war die Miete 250 DM, heute kostet sie schon über 400 DM ohne Heizung. Einen Mietzuschuß haben wir nicht bekommen, weil mein Mann angeblich genügend verdiente.

Ja und dann wurde ich schwanger. Ich hab' gesagt, ich schaff' das nicht. Ich hatte meine ersten beiden Kinder nur unter Schwierigkeiten gekriegt, weil ich zu 80% schwerbeschädigt bin und bin dann zum Arzt gegangen, weil ich das Kind nicht bekommen wollte. Der sagte, daß ich eine Eingabe machen müßte an die Ärztekammer. Ja das habe ich dann auch gemacht, ich habe einen ausführlichen Bericht geschrieben, wie ich die ersten Kinder bekommen habe und wie schwierig das alles gewesen ist. Dann wurde ich zum Vorsitzenden der Ärztekammer, Dr. Rosenkranz, bestellt. Der hat mich eingehend untersucht, mich gefragt, wie alt meine Kinder sind, ob sie denn gesund sind. Daß ich zu 80% schwerbeschädigt bin, interessierte ihn nicht. Ja, sagte er, sie sind das zweite Mal verheiratet und ich denke, wenn sie gesunde Kinder haben, sehe ich da keine Veranlassung, daß sie das Kind nicht kriegen. Wegen der finanziellen Belastung, da muß man sich dann eben einschränken.

Ich war in der ersten Zeit der Schwangerschaft fix und fertig. Ich bekam das Kind dann im siebten Monat, wie auch bei den anderen Babyausstattung haben, da habe ich noch einmal Schulden gemacht. Der Makler, der sagte: ‚Da nehmen Sie mal die 2 000 DM, da können Sie schön Weihnachten feiern und auch die Telefonrechnung bezahlen und zahlen uns nur 150 DM zurück.'

Es war alles so kleingedruckt und durch diesen ganzen Trubel habe ich das erst später gelesen. Also wenn man z.B. ein Kind kriegt, dann ist man ja gar nicht immer in der Lage, daß man sich alles richtig durchliest. Von den 2 000 DM hab' ich erstmal schon vorher 120 DM an Gebühren hinlegen müssen. Ich war im Glauben, ich bekäme jetzt jetzt 2 000 DM und da kämen bloß Zinsen drauf. Nein, da kamen nur 1 800 DM an. Für jedes Briefschreiben wurden 20 DM berechnet, für jeden Monat oder 14 Tage Verzug 40 oder 50 DM Verzugszinsen. Vor lauter Wut hab' ich angerufen, aber die machen sich ja gar nichts daraus.

Der Chef von meinem Mann hat gesagt: ‚Ach, wir kriegen jetzt wieder große Aufträge, das wird schon hinhauen.' Aber es haute überhaupt nicht hin. Überstunden blieben zuletzt ganz aus, und ich konnte auch nicht mithelfen. Mit der Arbeit war es dann ganz aus. Ich konnte keine Raten mehr einhalten, ich versuchte zu stunden und schickte weniger, darauf ließen sich die Schuldner aber nicht ein.

Vor dem Gericht mußten wir einen Offenbarungseid leisten. Daß das Arbeitslosengeld nur 198 DM pro Woche beträgt, das hat die Leute im Gericht garnicht interessiert, die haben nicht einmal einen Blick darauf geworfen. Ich sagte, ich bin nicht am arbeiten, ich kann nicht arbeiten, ich habe drei Kinder, außerdem bin ich zu 80% schwerbeschädigt, ich habe einen Ausweis. Wenn ich könnte, ginge ich lieber arbeiten, denn ich geh' lieber arbeiten, als daß mir die Schulden über den Kopf kommen.

Das Kindergeld, das wir jetzt für die Kinder bekommen, das sind alle zwei Monate 480 DM, die wurden gleich wieder von der Arbeitslosenunterstützung abgezogen. Jetzt kommt noch dazu ein ‚Härteausgleich', das ist ganz neu, 51 DM, die werden von der Westfälischen Wohnstätten-Gesellschaft gleich einbehalten, so daß wir eine Kaltmiete von 495 DM haben, dazu kommen noch 124 DM Wohngeld.

Aus der Wohnung in Scharnhorst konnte ich gar nicht herausgehen, weil ich keine Treppen steigen kann, wegen meiner Kriegsbeschädigungen; deshalb brauchte ich eine Wohnung entweder Parterre oder mit einem Aufzug im Haus. Ich habe mich bemüht, eine preiswerte Wohnung zu bekommen, aber die war absolut nicht zu kriegen, schon gar nicht mit drei Kindern. Wo ich hinkam, sagten sie: Soviele Personen und drei Kleinkinder, auf keinen Fall. Ich ging dann zur Stadt, zum Wohnungsamt, denen habe ich die Sachen unterbreitet, da sagten sie, die Terrassenhäuser würden bald fertig, aber auch nur mit Zögern, und als ich dann angerufen habe und gesagt habe, ich gebe ihnen einen Hundertmarkschein, da hatte ich binnen 14 Tage meine Wohnung.

Ich war damals in Scharnhorst, bevor ich auszog, wirklich am Ende, und die Fürsorgerin, die wußte da auch keinen Rat, die wußte überhaupt keinen Rat. Wenn der Staat wirklich was für uns tun wollte, für die Familie, wie sie immer sagen, dann hätte er in diesem Fall etwas machen müssen. Es ist doch meistens so, daß man überredet wird, daß man mithalten möchte und irgendwie verlockt und verleitet wird. Wenn ich jetzt keine Miete mehr zahlen kann, dann komme ich gezwungenermaßen in ein ‚Asozialenhaus' oder in diese Siedlungen, und das wirkt sich ja aus, man rutscht immer tiefer, das wirkt sich auch auf die Kinder aus. Aber für mich ist das kein Staat, der etwas für die Kinder und Familien tut, für mich ist das nur Geldmacherei. Es kann doch mal passieren, daß man arbeitslos wird oder einen Unfall hat, da müßte doch irgendetwas gemacht werden. Ein paarmal sind junge Männer von der Partei hiergewesen, die sich mit mir unterhalten haben. Durch diese ganzen Erfahrungen habe ich mich zur KPD/ML hingezogen gefühlt. Mein Mann war am Anfang gegen die Partei, aber er hat selbst gesagt, die Schläge, die er immer und immer wieder vom Kapitalismus erhalten hat und die Propaganda der Partei haben ihn überzeugt, daß die Partei den richtigen Weg weist."

So wie diese Familie hier anschaulich ihre Lage schildert, so ergeht es vielen Familien in dieser kapitalistischen Gesellschaft; dies ist eben kein Einzelfall, sondern hier wird deutlich, wie der Kapitalismus die Massen ins Elend stürzt, wie die Kapitalistenklasse mit ihrem Staatsapparat die Arbeiter, selbst wenn es ihnen schon dermaßen dreckig geht, bis aufs letzte ausplündert. Dieser Bericht entlarvt eben auch die ganze Demagogie der Regierung, der Bosse und Bonzen und ihrer Lakaien, von der „Sorge" um die Arbeiter, und ihre Versprechungen, ein „gutes" Leben im Kapitalismus zu garantieren, gerade auch jetzt, wo es ihnen darum geht, die Arbeiterklasse darüber hinwegzutäuschen, daß die Krise, die Arbeitslosigkeit ihre Ursache im Kapitalismus selbst haben.

Während diese Familie am Anfang noch verzweifelt war und nicht ein noch aus wußte, so haben sie jetzt erkannt, daß die KPD/ML ihnen den richtigen, den revolutionären Weg weist und daß man die Ursache des Elends, den Kapitalismus selbst abschaffen muß. Deshalb arbeitet sie heute auch aktiv bei der Partei mit.

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE REVOLUTIONÄRE KUNST DIENT DEM AUFBAU DES SOZIALISMUS IN DER VR CHINA

Die Große Proletarische Kulturrevolution und der Kampf gegen die reaktionären, bürgerlichen Lager um Liu Schao-tschi und Lin Biao sowie die Kampagne gegen Konfuzius und Menzius haben in den Bereichen der Kunst und der Kultur einen großartigen Aufschwung gebracht. Während in der bürgerlichen Kunst die reaktionäre Ideologie vom „erhabenen Künstler" und von den „dummen Massen, die von Kunst nichts verstehen" herrscht, ist im Sozialismus die Kunst Sache des Volkes: Der Kampf der Volksmassen an allen Fronten steht im Mittelpunkt des künstlerischen Schaffens, die Berufskünstler stützen sich auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern, lernen von ihnen und regen sie selbst zu künstlerischer Arbeit an.

Die revolutionären Künstler in der VR China verbinden Altes mit Neuem. Sie schöpfen aus der reichen Tradition des chinesischen Volkes und seiner Kultur, übernehmen die guten, fortschrittlichen Seiten dieses Erbes und entwickeln sie weiter, indem sie sie verbinden mit den neuen, revolutionären Ideen des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen. Das Ergebnis dieser korrekten Linie ist ein beispielhafter Aufschwung von Literatur und Malerei, Theater- und Filmkunst, die heute die Aufgabe erfüllen, die Genosse Mao Tsetung ihnen zuschreibt: **„als mächtige Waffen für die Einheit und Erziehung des Volkes und für den Angriff auf den Feind und seine Vernichtung."**

Um der revolutionären Linie beim künstlerischen Schaffen folgen zu können, ist es notwendig, daß die proletarischen Künstler sich eng mit den Volksmassen verbinden. Dazu gehen die Künstler in die Betriebe, um an der Produktion teilzunehmen, um künstlerische Probleme mit den Arbeitern und Bauern zu diskutieren und deren Rat einzuholen, und um die Volksmassen zu lehren. So berichten Zeitschriften aus der VR China immer wieder, wie z.B. Schauspieler der Peking-Oper, wenn sie Arbeiter, Bauern oder Soldaten darstellen, in den Fabriken und Kommunen Erfahrungen sammeln über das Leben der Werktätigen, wie sie die Gestaltung einer Rolle mit denen besprechen, deren Probleme, Kämpfe und Siege sie auf der Bühne spielen. Wann je haben wir von bürgerlichen „Stars" gehört, die z.B. wochenlang auf dem Dorf leben und arbeiten, wenn sie das Leben von Bauern darstellen sollen?

Gleichzeitig tut der sozialistische Staat in der VR China alles, um die breiten Volksmassen selbst zu künstlerischem Schaffen anzuregen, damit sie auch an dieser Front des Klassenkampfes die Führung des Proletariats verwirklichen. Überall in China wurden Komitees gegründet, in denen z.B. Berufsschriftsteller und Laien aus allen Schichten des Volkes zusammenarbeiten. Zu Beginn der Arbeit verfaßten diese Komitees fast nur literarische Werke. Später erweiterten sie ihre Tätigkeit allmählich auf die Gebiete der politischen Wissenschaft, der Philosophie, Geschichte, Erziehung, Technik und der bildenden Kunst. Früher galten solche Werke als „zu theoretisch" für Arbeiter, Bauern und Soldaten – heute sind durch die schöpferische Kraft des Volkes auf diese Weise hervorragende Werke in der Literatur, der bildenden Kunst und anderen künstlerischen Bereichen entstanden.

Während in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern die Kunst die Sache der herrschenden Klasse ist, nehmen im sozialistischen China die Werktätigen im ganzen Land regen Anteil an der künstlerischen Entwicklung: In den Betrieben und Kommunen arbeiten Theatergruppen, Gruppen von Malern, Bildhauern, Schriftstellern der Belegschaften. Ausstellungen und Theatervorführungen werden regelmäßig abgehalten – so besucht z.B. das Ensemble der Peking-Oper auf Gastspielreisen selbst die kleinsten Dörfer. Arbeiter, Bauern und Soldaten sind es auch, die die künstlerischen Werke rezensieren.

Die Kunst im sozialistischen China unterstützt heute die Revolution und die Produktion außerordentlich, sie spielt eine kämpferische Rolle beim Zusammenschluß und der Erziehung des Volkes, beim Angriff gegen den Feind und bei dessen Vernichtung.

Früher wie heute

Hetztiraden gegen Karl Marx

Schon immer, vor hundert Jahren genauso wie heute, hat sich die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen das Proletariat außer der brutalen, terroristischen Unterdrückung auch der Methode der Lügen, der Verleumdung, des Schmierenjournalismus, bedient. Und schon immer hat dieser Schmierenjournalismus dann ganz besondere Blüten getrieben, wenn sich die Klassenwidersprüche verschärfen, so ist es auch zu sehen, wenn heute der „Stern" hinter seiner linken Maskerade sein wahres Gesicht enthüllt und den größten und ruhmvollsten Sohn unseres Volkes, den Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, KARL MARX, mit wüsten Phantastereien verleumdet und beleidigt.

In seiner Rede am Grab von Karl Marx ging Friedrich Engels auf dessen Verdienste für die Arbeiterklasse ein und sagte: ***„Und deswegen war Marx der bestgehaßte und bestverleumdete Mann seiner Zeit. Regierungen, Konservative wie Extremdemokratische, logen ihm um die Wette Verlästerungen nach . . ."*** Diese Worte von Friedrich Engels zeigen auch heute, was dahintersteckt, wenn ein „Stern"-Redakteur seine gutbezahlte Phantasie spielen läßt: Den Kommunismus, der immer mehr unter den Massen Fuß faßt, zu diffamieren, mit demagogischen, dreckigen Lügen, nach dem Motto: Etwas bleibt immer hängen.

Da der wissenschaftliche Sozialismus, den Marx und Engels als erste entwickelt haben, unmöglich wissenschaftlich zu widerlegen ist – daran haben sich seit Jahrzehnten bürgerliche Ökonomen ohne Erfolg die Zähne ausgebissen – arbeitet man mit der Methode der Diffamierung seiner Schöpfer, als Personen. So werden Szenen und Aussprüche – typischerweise durch keinerlei Quellenangaben belegt – zusammengestückelt und in Satzfetzen verstümmelt in eine bis ins Einzelne ausgemalte Szene gesetzt. So ist die Rede von verräucherten Kneipen, in denen Marx sich am liebsten aufhielt und ähnliches. Es soll so klingen, als ob der Schreiber selbst dabei gewesen wäre. Ein ganzer Wust von Geschichten und Anekdötchen wird mit wenigen verdrehten Tatsachen gespickt – die dem Lügengebäude den Anschein von Echtheit verleihen sollen. Doch das ganze wütende Geschrei ist schließlich ohne Nutzen für die herrschende Klasse und kann ihren Untergang nicht verhindern. Genauso wie im Mittelalter die Hexenjagd auf die materialistischen Wissenschaftler Galilei und Geordano Bruno die Erkenntnis, daß nicht die Erde der Mittelpunkt ist und sich um die Sonne dreht, unterdrückt werden konnte, und der Niedergang des Feudalismus nicht aufzuhalten war, so ist auch die Lehre von Marx und Engels durch die „moderne Hexenjagd" nicht unterzukriegen. Und so ist auch der Niedergang der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats unaufhaltsam! Wenn heute die Bourgeoisie schon wie ein Ertrinkender nach Strohhalmen – wie der Marx-Serie im „Stern" – greifen muß, um den Kommunismus zu bekämpfen, dann zeigt das nur, wie nahe sie bereits am Abgrund steht. Und mager ist dieser Strohhalm zudem, so demagogisch er auch aufgebaut ist: Denn die ganze Serie enthält Widersprüche in sich, die auch dem Leser nicht entgehen.

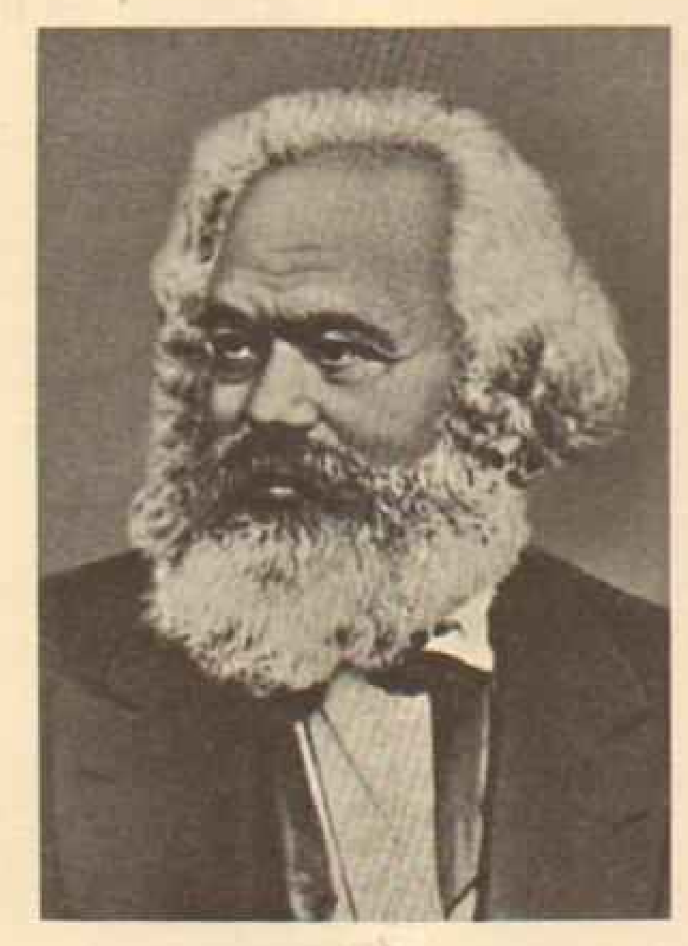
Sie versuchen dem Leser zu suggerieren, Karl Marx sei ein arbeitsscheues Element gewesen, der zu nichts taugte, der dies und das anfing, aber nichts beendet hätte. Wäre Karl Marx jedoch tatsächlich arbeitsscheu gewesen, hätten diese Schmierer wohl kaum Anlaß, ein Wort über ihn zu verlieren. Die Wahrheit ist, daß die Arbeit (rund hundert Bände), die Karl Marx geleistet hat, für die ganze Menschheit einen unermeßlichen Schatz darstellt. Selbst die „Stern"-Redakteure die ihm dreimonatige Flitterwochen vorwerfen, müssen zugeben, daß er in dieser Zeit 250 Seiten handschriftlich eng beschrieb und 20 000 Seiten gelesen hat. Nur das Werk, das Marx vollendet hat, wird ihnen das Genick brechen und deshalb sehen sie es lieber als unvollendet an.

Sie werfen Marx vor, daß er seine Familie in Not und Elend gestürzt habe, um nach „seinem Stil" leben zu können und sein „unsinniges Zeug" schreiben zu können. Die Wahrheit ist, daß seine Familie, wie auch er selbst, in großer Armut lebten, weil natürlich sich kein Bourgeois fand, der Marx dafür bezahlt hätte, daß er ihm mit den Werken, die er schrieb, das Grab schaufelt. Natürlich wäre es der Bourgeoisie tausendmal lieber gewesen, Marx hätte in Reichtum und Wohlstand gelebt und dafür seinen Kampf unterlassen. Doch Marx hat solche Angebote immer verschmäht. Es hat ihm schwer zu schaffen gemacht, seine Familie hungern zu sehen, vier Kinder aus Armut zu verlieren, jedoch er hat es seinem persönlichen Wohlergehen vorgezogen, die Waffe zu schmieden, auf daß es Millionen Familien besser gehe, wenn sie auf dem Weg marschieren, den Marx ihnen gezeichnet hat.

Der „Stern" behauptet, Marx hätte das Proletariat bis auf die Knochen verachtet. Doch wie erklärt sich der „Stern" denn dann, daß er, Marx, die einzig wahre Wissenschaft entwickelt hat, mit der das Proletariat sich befreien kann? Wie erklärt sich der Stern dann, daß Marx auch schon zu seiner Zeit der geliebte und verehrte Führer des europäischen Proletariats und seiner kommunistischen Organisationen war? Diese und tausend andere Fragen kann der „Stern" nicht beantworten, weil er sich sonst selbst eine Ohrfeige geben müßte.

Die Methode des Betrugs und der Geschichtsfälschung zeigt sich auch noch an anderen Beispielen aus dem „Stern". So mokiert sich der „Stern" (erstaunlich immerhin für ein kapitalistisches Unternehmen) über die brutale Ausbeutung der Setzer von Marx' Neuer Rheinischer Zeitung. Er unterstellt Marx – der selbst nicht genug zu essen hatte – praktisch, kapitalistischer Ausbeuter zu sein. Man höre und staune! Erst bezeichnen sie die marxistische Feststellung, daß die Arbeiter im Kapitalismus ausgebeutet werden als Unsinn. Wenn es aber gegen Marx gehen soll, wenden sie sie „schöpferisch" an. Daß die Behauptung zudem noch unsinnig ist, zeigt ein Bericht von Engels, in dem es heißt: „ . . . ***Draußen im Reich' wunderte man sich, daß wir das alles so ungeniert in einer preußischen Festung ersten Ranges, gegenüber einer Garnison von 8 000 Mann und angesichts der Hauptwache betrieben; aber von wegen der acht Bajonettgewehre und 250 scharfen Patronen im Redaktionszimmer und der roten Jakobinermützen der Setzer galt unser Haus bei den Offizieren ebenfalls für eine Festung . . .*** " Hätte Marx diese Setzer so übel ausgebeutet, würde er ihnen dann Gewehre geben? Würden sie dann die Redaktionsräume verteidigen?

Besonders übel ist es, wenn der „Stern" Marx und Engels unterstellt, sie hätten die slawischen Völker als rückschrittliche Untermenschen hingestellt, die es gilt, in einem Krieg zu vernichten. Tatsache ist, daß Marx und Engels zum revolutionären Krieg gegen das zaristische Rußland, den hauptsächlichen Rückhalt der europäischen Reaktion aufriefen. Engels sagte dazu: „ . . . ***Vom 24. Februar an war es uns klar, daß die Revolution nur einen wirklich furchtbaren Feind habe, Rußland, und daß dieser Feind um so mehr gezwungen sei, in den Kampf einzutreten, je mehr die Bewegung europäische Dimensionen annahm . . . Gelang es aber, Deutschland zum Krieg gegen Rußland zu bringen, so war es aus mit Habsburg und Hohenzollern, und die Revolution siegte auf der ganzen Linie."*** Nicht gegen die slawischen Völker ging also der Kriegsaufruf, sondern gegen das zaristische Rußland, die Hauptstütze der Reaktion.



Karl Marx

Angesichts dieser Beispiele, der infamen Verdrehung und Verleumdung kann man sich leicht vorstellen, wie der Marxismus, den der „Stern" in Kurzform wiederzugeben vorgibt – in dieser Zeitung aussieht. Der Stern gibt sich den Anstrich von Wissenschaftlichkeit um die marxistische Wissenschaft durch Zusammenwürfeln von Zitaten, durch Weglassen von Schlußfolgerungen auf den Kopf zu stellen. Nur ein einziges Beispiel: da heißt es, Marx hätte gegen den Begriff Nation Einwände, würde ihn nicht anerkennen, weil er sagt: „Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben". Darauf hat Lenin bereits anderen Verfälschern des Marxismus die passende Antwort gegeben, wenn er sagte: ***„Marx und Engels haben im ‚Kommunistischen Manifest' gesagt, daß die Arbeiter kein Vaterland haben. Aber derselbe Marx hat mehr als einmal zum nationalen Krieg aufgerufen: Marx im Jahre 1848, Engels im Jahre 1859 (am Ende seiner Broschüre ‚Po und Rhein', wo direkt das Nationalgefühl der Deutschen entfacht wird, wo sie direkt zum nationalen Krieg aufgerufen werden). Engels erkannte 1891 angesichts des damals drohenden und heranrückenden Krieges Frankreichs (Boulanger) + Alexander III. gegen Deutschland ausdrücklich die ‚Vaterlandsverteidigung' an. – Waren Marx und Engels Wirrköpfe, die heute dies sagten und morgen etwas anderes? Nein. Meiner Meinung nach entspricht die Anerkennung der ‚Vaterlandsverteidigung' im nationalen Krieg durchaus dem Marxismus."***

Wenn der „Stern" sich gedacht hat, daß er die Masse der Menschen mit seinen Verleumdungen und Verfälschungen täuschen kann, dann haben ihn sicher bereits die zahlreichen empörten Leserbriefe eines Besseren belehrt. So leicht ist es nicht, als daß eine gehörige Portion Schmierenjournalismus im Auftrag der Bourgeoisie die Verehrung und das Vertrauen zu den großen Klassikern des Kommunismus, zu Marx und Engels, im Volk zerstören könnten. Nicht nur wir Marxisten-Leninisten wissen, daß es gut und nicht schlecht ist, wenn der Feind uns bekämpft!

KPD/ML gegen WDR

Wahlbeitrag muss gesendet werden

Am 25. April fand im Kölner Verwaltungsgericht der Prozeß der KPD/ML gegen den WDR statt. Er endete mit einem vorläufigen Erfolg: Der WDR wird durch „einstweilige Anordnung" verpflichtet, die Wahlsendung der Partei doch noch im Rundfunk auszustrahlen. Der WDR hat dagegen wiederum Berufung eingelegt.

Für den WDR war extra ein Anwalt aus dem „ersten Rechtsanwaltsbüro" Bonns angereist, dessen Mandanten Regierungsbonzen, Konzernbosse und Nazi-Kriegsverbrecher sind. **Dieser Herr machte dem Gericht gleich zu Beginn klar, daß er Weisungen von „ganz oben" mitbringe, wo er „bis in die Nacht über den Fall KPD/ML diskutiert" hätte.**

Er begann sein Plädoyer für die weitere Unterdrückung der Rundfunkrede der KPD/ML damit, daß er unverschämterweise versuchte, die KPD/ML in Verbindung mit der Geiselnahme in Stockholm zu bringen: „Wie haltlos der Antrag der KPD/ML ist, zeigen ja die gestrigen Ereignisse in Stockholm!" Offen erklärte er dann, um was es tatsächlich geht: Die Verfassung und die Gesetze seien wohl auf Seiten des Antrages der KPD/ML, aber – so wörtlich, „hier geht es darum, daß alle Institutionen des Staates und der Öffentlichkeit zusammenarbeiten, um zu verhindern, daß Propaganda für die revolutionäre Gewalt gemacht wird. Es ist doch unmöglich, daß so etwas übers Radio kommt". Und zum Gericht gewandt: „Es ist wohl klar, wer nicht so entscheidet, der ist ein Helfershelfer der Terroristen, ein Handlanger dieser Leute" von der KPD/ML.

Trotz dieser unverhohlenen Drohung sah sich das Gericht nicht in der Lage, so offen die eigenen Gesetze zu brechen. Es gab dem Antrag der KPD/ML auf Sendung ihres Wahlbeitrags statt. Allerdings mit einem Haken. Zwar will es noch hinnehmen, daß wir das bürgerliche Parlament als Schwatzbude entlarven, doch daß es korrupt ist – das soll gestrichen werden. Denn, so die Urteilsbegründung: Der „normale Staatsbürger, der die Sendung hört" – könne das „mißverstehen". **Keine Sorge, man wird es so verstehen, wie es gemeint ist. Nicht anders, wie es Lenin einmal sagte: „Das bürgerliche Parlament ist ein „Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle und politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei, Unterdrückung der Werktätigen". Und er fährt fort: „Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats völlig gerechtfertigt." Dieser Haß ist es, den die Bourgeoisie fürchtet, den sie mit ihren Mitteln der Justiz und der Gewalt unterdrücken will.**

Werktätige, Eure Partei - KPD/ML



In Bochum, Dortmund, Duisburg und Köln besuchten Hunderte die Veranstaltungen der Partei anläßlich der Wahl.

DORTMUND

Viele neue Sympathisanten, die während der Wahlpropaganda zum ersten Mal von der Partei erreicht wurden, waren unter den etwa 700 Freunden und Genossen, die am 26. April zur Großveranstaltung mit Genossen Ernst Aust kamen. Unter begeistertem Beifall legte der Vorsitzende der Partei noch einmal die Linie der KPD/ML zu den Wahlen dar und rief auf zur Wachsamkeit gegenüber den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. Die Kandidaten der Partei für die Landtagswahl stellten sich vor und berichteten, wie sie als Arbeiter, Studenten und Lehrer die Ausbeutung und Unterdrückung durch den kapitalistischen Staatsapparat erfahren haben und wie ihnen die Partei, in deren Reihen sie heute kämpfen, den Ausweg, den Weg zur sozialistischen Revolution gewiesen hatte. Ein Genosse, der an der Spitze einer Delegation der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" mehrere Wochen die VR China besucht hatte, beschrieb mit seinen Reiseeindrücken das Ziel, für das die KPD/ML kämpft: die Diktatur des Proletariats. Mit einer Pantomime des Iranischen Studentenvereins über die Kollaboration und Rivalität der Supermächte am Persischen Golf schloß die Veranstaltung, die der Partei Sympathie und neue Kämpfer gebracht hat. Die Begeisterung der Versammelten drückte sich auch bei der Spendensammlung aus: es wurden über 1 500 DM für den Wahlkampf gespendet.

BOCHUM

Bei einer Kundgebung der Partei zur Wahl in der Innenstadt verteilte ein etwa 12jähriger Junge, den wir vorher nicht kannten, Propagandamaterial der Partei. Er trug ein SPD-Abzeichen vom benachbarten Stand. Ein SPD-Kandidat stellte den Jungen vor die Alternative: Entweder Du hörst auf, das Material der KPD/ML zu verteilen, oder Du nimmst das SPD-Abzeichen ab. Der Junge entschied sich ohne Zögern dafür, weiter für die Partei zu verteilen.

In Bochum kam ein Fachoberschuler ins Parteibüro. Er hatte über den Lautsprecherwagen der KPD/ML davon gehört, daß die Wahlsendung der KPD/ML im Rundfunk vom WDR nicht gesendet worden ist. Er bat um den Text, damit er ihn sich abschreiben und seinen Schulkameraden vorlesen könne.

DUISBURG

Beim ersten Steckeinsatz wurde ein Sympathisant gewonnen, der in der D„K"P organisiert war. Er sagte uns, daß er wieder in die Partei will (er war früher in der KPD), und deshalb auch in der Praxis Selbstkritik üben muß. Anfangs übernahm er einen Stapel Flugblätter mit dem Wahlaufruf der Partei, um sie in der Nachbarschaft zu verteilen. Mittlerweile hat er schon über 3 000 Flugblätter gefaltet und gesteckt, zusammen mit seiner ganzen Familie.

KÖLN

In einem Wahlkreis konnte während des Steckens der Verkauf des ROTEN MORGEN innerhalb einer Woche mehr als verdoppelt werden.

* * * * * *

Die Partei möchte an dieser Stelle allen Genossen und Freunden für ihren unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf danken. Dieser konzentrierte Einsatz bringt die Partei im Ruhrgebiet und Köln einen großen Schritt vorwärts in ihrer Arbeit unter den werktätigen Massen, in der Gewinnung der Fortschrittlichsten der Arbeiterklasse für die Partei, für den Kommunismus.

Korrespondenzen

KARLSRUHE

In Karlsruhe wollte sich die NPD mit ihrem Präsidiumsmitglied Knorr zu einer Kommunalwahlversammlung treffen. KPD/ML und GRF schlossen eine Aktionseinheit, um dieses Vorhaben zu verhindern. 30 bis 40 Genossen bildeten Ketten vor dem Nazilokal. Zuerst griff uns der Wirt an. Er schoß mit einer Tränengaspistole 5 mal auf uns. Das hatte keine andere Wirkung, als daß er dafür gehörig bestraft wurde. Als die Nazis anrückten, standen die Ketten. Parolen wurden gerufen. 30 Minuten lang hielten wir den Eingang besetzt. Dann rückte die Polizei an. Die Polizisten zogen sofort den Schlagstock und gingen mit größter Brutalität gegen die Ketten vor. Vor dieser Übermacht zogen wir uns geordnet zurück. Nur einmal brach die Kette und die Polizisten konnten einen Kämpfer verhaften.

Die Nazis freuten sich. Die Polizisten erzählten sich ihre „Heldentaten". Die Versammlung begann. Außenstehende wunderten sich allerdings, warum denn bei kalter Nacht die Fenster weit offen standen, warum die NPD aufgeregt herumlief, warum die Versammlung selber nie stattfand. Des Rätsels Lösung: die Nazis waren durch große Mengen Tränengas in eine richtig weinerliche Stimmung gebracht worden. Und als die erste Tränengasflasche ihre Wirkung getan hatte, als die Nazis ihre Schlägertrupps verstärkten, als sie alles und jeden bewachten, als sie sich gegenseitig beschimpften, da kam die 2. Flasche mit Tränengas zur Wirkung. Die Verwirrung erreichte den Höhepunkt. Ein Bundeswehr-Nazi-Leutnant roch an Limonadenflaschen und vermutete in diesen das Geheimnis für die Ursachen der großen Heulerei. Von Versammlung war keine Rede mehr. Die Partei konnte zufrieden sein.

Genossen aus Karlsruhe

BREMEN

Ostern war ich zu Hause und hörte meine Mutter unerhört auf den § 218 schimpfen. Was ich dann zu hören bekam, war entsetzlich.

Meine Mutter war acht mal schwanger. Aber nur vier Kinder wurden groß. Eins starb nach der Geburt, zweimal hatte sie eine Fehlgeburt und einmal eine Abtreibung. Und da beginnt die Sauerei. Als meine Mutter (anfang 30) im zweiten Monat schwanger war, meinten die Ärzte, es wäre riskant, das Kind auszutragen. Doch unternommen wurde nichts. **Im sechsten Monat dann endlich wurde gesagt: „entweder Sie oder das Kind" – und eine Schwangerschaftsunterbrechung eingeleitet. Doch bevor es soweit kam, mußte meine Mutter der Ärztekammer die Türen einrennen, einer bezeichnete sie sogar als Mörderin, worauf sie ihm eine knallte.** Genossen, ihr denkt gewiß, das alles ist schon unerhört genug. Weiß doch jedermann, daß Schwangerschaftsunterbrechungen im 6. Monat lebensgefährlich sind und die Ärzte in diesem Fall ja noch hätten rechtzeitig eingreifen können. Doch es geht noch weiter.

Nach der Abtreibung entzündeten sich die Eierstöcke, der Leib wurde dicker und meine Mutter klagte ständig über Schmerzen. Die Ärzte glaubten ihr das nicht und meinten, sie müßte in psychiatrische Behandlung! Die Herren Seeledoktoren haben dann noch das Ihre getan, um meine Mutter kaputt zu machen. Weil die Schmerzen natürlich nicht nachließen, begann meine Mutter zu trinken und das tut sie bis auf den heutigen Tag noch.

Endlich erkannte der Hausarzt, daß sich die Eierstöcke entzündet hatten und meine Mutter wurde mit 36 Jahren operiert. Alles wurde entfernt. Nach einiger Zeit stellten sich wieder Schmerzen ein, meine Mutter machte dieselbe Tortur noch einmal durch. Wieder Nervenarzt usw. Inzwischen hatte sie dann auch noch einige Selbstmordversuche hinter sich. Als meine Mutter Mitte 40 war, wurde festgestellt, daß sich ein Krebsgeschwür im Unterleib entwickelt hatte. Sie wurde in Flensburg mit Kobaldbestrahlung behandelt, worauf ihr die Haare ausfielen und nach und nach alle Zähne daran glauben mußten. Das Resultat dieser „medizinischen" Betreuung ist ein menschliches Wrack.

Weg mit dem § 218! Nieder mit dem menschenmordenden System, dem Imperialismus!

Eine Genossin aus Bremen

WESTBERLIN

Ich weiß nicht, ob es Sie interessiert, was ich Ihnen von der Berliner Justiz zu berichten habe. Aber mein Ehemann gab mir Ihre Adresse. Es muß an die Öffentlichkeit kommen und die Presse hier wird es doch nicht bringen.

Also mein Mann ist für längere Zeit in Haft seit dem 4. 11. 1974 für eine Sache, die schon Jahre zurückliegt. Aber das ist nicht der Gegenstand meiner Beschwerde, sondern Folgendes. Mein Mann ist schwerkrank. So krank, daß Ärzte der Krankenhaftanstalt meinen Mann haftunfähig geschrieben haben. Da im Haftkrankenhaus nicht alle Maschinen und Apparate vorhanden sind, soll er in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Auch die Staatsanwaltschaft hat nichts dagegen einzuwenden, ebenso ist der Senatsbeamte dafür, nur der Anstaltsleiter ist dagegen, weil mein Mann sich wehrt und kein Versuchskaninchen sein will. Da mein Mann schwere Durchblutungsstörungen in beiden Beinen hat, ist es sehr akut. Mein Schwiegervater ist auch ganz plötzlich an dieser Geschichte erkrankt und da er ins falsche Krankenhaus kam und zu spät richtig behandelt wurde, ist er nach einer Oberschenkelamputation verstorben. Nun können Sie sich vielleicht vorstellen, in welcher Angst ich schwebe. . .

Hochachtungsvoll K. L.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KÖLN

Genossin Sylvia H. erhielt in Köln einen Strafbefehl über 778 DM, weil sie einem türkischen Gefangenen unter anderem den ROTEN MORGEN Nr. 42/72 übergeben wollte, in dem in einem Artikel auch über den Kölner Kommunistenprozeß unter Vorsitz von Richter Somoskoey berichtet wurde. Richter Somoskoey, der in diesem Prozeß über 100 Tage Ordnungsstrafe verhängt hatte, war dort als Richter bezeichnet worden, der im Stile eines Freisler Prozesse gegen Antifaschisten und Kommunisten führe.

DORTMUND

Genosse Michael Banos, ehemaliger presserechtlich Verantwortlicher für die Zeitung „Rote Hilfe" und Flugblätter der Roten Hilfe, erhielt jetzt einen Strafbefehl über 2 500 DM, weil sein Name unter den Flugblättern der Roten Hilfe mit den Überschriften „Mord", und „Gegen Isolierhaft, Terror, Folterung" gestanden hatte.

WESTBERLIN

Genosse Thomas Scheffer in Westberlin erhielt einen Strafbefehl über 1 500 DM, weil er Flugblätter zum Polizeimord an Genossen Günter Routhier presserechtlich verantwortlich unterzeichnet hat und solche Flugblätter auch verbreitet haben soll. Außerdem fühlte sich durch ein Flugblatt auch ein Professor Meyer von der Hochschule für Bildende Künste beleidigt, der einen Überfall auf einen Literaturstand mit kommunistischer Agitation und Propaganda angeordnet hatte und in einem Flugblatt entsprechend entlarvt worden war. Einen weiteren Strafbefehl über 500 DM erhielt Genosse Thomas, weil sein Name unter einem Flugblatt der Partei mit der Überschrift „Die Mauer muß weg" stand. Außerdem verhängte das Amtsgericht einen Strafbefehl gegen Genossen Thomas, weil zwei Polizisten behaupteten, der Genosse habe sie „beleidigt" und „genötigt". Das sind allein gegen einen einzigen Genossen Geldstrafen von 3 500 DM.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

WIESBADEN

Genosse Reinhold H. erhielt einen Strafbefehl über 1 200 DM, weil er an der Beerdigung des Genossen Günter Routhier in Duisburg teilgenommen hatte. Der Genosse war dort von der Polizei festgenommen worden. Das Gericht konstruierte daraus „Widerstand" und „Körperverletzung"

Mannheim/München

Solidarität mit Hubert und Peter

Mit kämpferischen Veranstaltungen verabschiedeten die Ortsgruppen Mannheim und München der KPD/ML die Genossen Peter Bayer und Hubert Lehmann, die noch vor dem Roten 1. Mai ins Gefängnis sollen, weil sie wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 18 bzw. 12 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.



Die Genossen Bernd, Peter, Hubert und Klaus, die wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 vor etwa 10 Wochen verurteilt wurden.

Mit Solidaritätserklärungen aus allen Teilen der Bundesrepublik, mit Geld- und Sachspenden drückten die Ortsgruppen der Partei und der Roten Garde, die Rote Hilfe Deutschlands und viele fortschrittliche Menschen den Genossen ihre Solidarität aus. In Mannheim z.B. wurden etwa 2 000 DM gesammelt, Genosse Hubert in München erhielt revolutionäre Bücher und ein Radio.

Am 21. April sollte Genosse Peter Bayer in Ebrach, am 28. April Genosse Hubert in Niederschönenfeld/Donauwörth ins Gefängnis. **Am Morgen des 21. April teilte Genosse Peter in Mannheim dem zuständigen Richter mit: „Freiwillig komme ich nicht! Wenn Ihr was von mir wollt, dann müßt Ihr mich holen!" Bis zum Redaktionsschluß am Abend des 27. April war Genosse Peter noch frei.**

Statt in Ebrach den Gefangenenkittel anzuziehen, war Genosse Peter am 21. bei seinen Kollegen in der BASF. In der Kantine hielt er eine Ansprache an die Arbeiter, die bei vielen auf Interesse stieß. Besonders diejenigen, die mit Peter zusammengearbeitet hatten, versicherten ihm ihre Solidarität – auch als die Betriebsleitung Peter die fristlose Kündigung aussprach und ihn mit Werkschutzpolizisten vom BASF-Gelände schleppen ließ. Daß Peter nicht freiwillig ins Gefängnis ging, fanden auch die Kollegen richtig: „Da wärst Du ja schön blöd", meinte einer, „schließlich wollen die doch was von Dir!" Viele versprachen, ihm zu schreiben.

Auch in der Straße, wo Peter wohnt, solidarisierten sich viele Menschen. Peter berichtete: **„Sie sagten: ‚Sie sind doch kein Krimineller, was mit Ihnen passiert, ist eine große Schweinerei, das ist fast wie bei den Nazis. Wir rechnen Ihnen hoch an, daß Sie gekommen sind, das zeigt, daß Sie kein schlechtes Gewissen haben, bestimmt haben Sie nichts Unrechtes getan!' Eine Familie versprach mir und meiner Verlobten z.B., daß sie zum Hauswirt gehen würden, wenn es Schwierigkeiten mit der Wohnung geben sollte. Besonders freuten wir uns, als wir einen 81jährigen Rentner kennenlernten, der 40 Jahre in der BASF gearbeitet und früher in der KPD gekämpft hatte. Er war begeistert, daß dieser Kampf heute fortgesetzt wird und erzählte uns aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung."**

Auch Genosse Hubert Lehmann, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag „unehrenhaft" aus der Bundeswehr entlassen wurde, hat die Solidarität des Volkes unter seinen Arbeitskollegen und Nachbarn erfahren. So versprach z.B. eine alte Frau aus dem Dorf, in dem er lebt, spontan, ihm regelmäßig Pakete ins Gefängnis zu schicken, seine Kollegen solidarisierten sich mit ihm. **Die Terrorurteile, mit denen die Bourgeoisie Revolutionäre und Kommunisten als „Kriminelle" von den Volksmassen isolieren will, bewirken das Gegenteil: Immer mehr Menschen schließen sich zusammen und nehmen den Kampf auf gegen die politische Unterdrückung.**

Rechtsanwalt Croissant

Von der Verteidigung ausgeschlossen

Nachdem Generalbundesanwalt Buback am 11. 3. 75 den Antrag auf Ausschluß von Rechtsanwalt Croissant von der Verteidigung Andreas Baaders gestellt hatte, schloß das Oberlandesgericht Stuttgart den Rechtsanwalt jetzt am 23. 4. von der Verteidigung aus. Der Prozeß fand in dem gleichen Sondergerichtsgebäude, umgeben von Stacheldraht, statt, in dem im Mai auch der Prozeß gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Karl Raspe und Gudrun Ensslin stattfinden soll. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen.

Als Ausschlußgrund gab das Gericht an, Rechtsanwalt Croissant habe die „kriminelle Vereinigung" Baader-Meinhoff unterstützt. Das Gericht bezieht sich dabei vor allem auf die Stellungnahmen Rechtsanwalt Croissants zum Hungerstreik. Von welchem Geist diese Ausschlußentscheidung geprägt ist, zeigt vor allem folgender Teil der Begründung:

„Dabei war Rechtsanwalt Dr. Croissant bei seinem fast täglichen schriftlichen oder persönlichen Umgang mit den von ihm vertretenen Angeklagten klar, daß es sich bei diesen haltlosen und von ihm übernommenen Vorwürfen des Mordes an Holger Meins nur darum handelte, von der Verantwortung der Rädelsführer der kriminellen Vereinigung, die nicht nur die Parole zum Hungerstreik, selbst auf die Gefahr des Todes eines Mitglieds, ausgegeben hatten, sondern auch Beginn und Dauer desselben bestimmten, abzulenken."

Hier behauptet die bürgerliche Klassenjustiz nichts anderes, als daß die 4 RAF-Gefangenen, gegen die im Mai der Prozeß stattfinden soll, ihren eigenen Genossen umgebracht haben sollten! Wir kennen diesen Geist von der Ermordung unseres Genossen Günter. Da hieß es: Warum geht er auch in die Verhandlung, wenn er krank ist! Was die Bourgeoisie mit dieser faschistischen „Haltet den Dieb"-Propaganda sagt, ist nichts anderes als: entweder du leckst uns den Stiefel, oder du mußt damit rechnen, daß er dich zertritt!

Schon jetzt ist klar, daß es nicht bei dem Ausschluß von Rechtsanwalt Croissant bleiben wird. Rechtsanwalt Groenewold, der zweite Wahlverteidiger von Andreas Baader ist bereits von seiner Verteidigung suspendiert. Weitere Ausschlüsse sind angekündigt.

Je offener die Bourgeoisie allerdings auch die geringsten Rechte der Angeklagten mit Füßen tritt, je offener sie mit faschistischem Terror ihr „Recht" spricht, desto klarer wird, das ihr Handeln bestimmt: die Angst vor einem Prozeß, in dem sie gegenüber 4 Angeklagten, die trotz jahrelanger Folter in ihrem revolutionären Geist ungebrochen sind, gegenüber einem Angeklagten, den sie bereits vor dem Prozeß ermordeten, gegenüber einer breiten Öffentlichkeit, Farbe bekennen muß.

Presseerklärung

Die iranische Presse berichtete am 19. 4. 1975, daß neun politische Gefangene auf der Flucht erschossen wurden.

Die wahren Hintergründe dieser kaltblütigen Morde sind: Abbas, Sourki, Bijan Djazani, Ahmed Djalil-Achfar, Aziz Sarmadi, Mach ouf Kalantari, Mohamed Tchoupanzazadeh, Hassan Zia-Zar-fi, Djavan Khochdel, Kazem Zolnaiar wurden im Frühjahr 1969 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Trotz dieses Urteils wurden die „Lebenslangen" immer wieder von der SAVAK „bearbeitet", um als eventuelle Bekehrte eines Tages die „Vorzüge und Errungenschaften" des Schah-Regimes und seiner neuen Partei vor Rundfunk und Kameras darzulegen.

Die Bekehrung mißlang aber diesen Personen.

Bis vor kurzem bekamen Oppositionelle in Persien immer noch den Prozeß gemacht, wenn auch meist einen militärischen Schauprozeß, dessen Urteil vorher durch Seine Majestät festgelegt wurde. Seit einigen Monaten gibt es in Persien weder Prozesse noch offizielle Bekanntgaben über die Hinrichtungen; die neuesten Methoden der Mörderbanden im Iran (Schah Reza Pahlevi und SAVAK) sind, militante Gegner unter der Folter zu Tode zu quälen, oder kaltblütig „Auf der Flucht zu erschießen."

Um allen zukünftigen politischen Gefangenen in Persien ein Beispiel zu geben, wurden die neun Personen am 12. April aus ihrer Zelle abgeholt; niemand wußte um ihren Verbleib bis zu der offiziellen Erklärung: Auf der Flucht erschossen.

Diese Terminologie wurde nicht nur zu Hitlers Zeiten häufig gebraucht, als man unliebsame Gegner loswerden wollte. Wie weit muß eine solche Entwicklung in Persien noch gehen, um der Weltöffentlichkeit die Parallelen zum Hitler-Regime deutlich vor Augen zu führen?

Wir fordern alle Antifaschisten und Demokraten auf, die lebensbedrohliche Situation aller politischen Gefangenen im Iran zu erkennen und sich für zu erwartende weitere Opfer des persischen Faschismus einzusetzen.

Frankfurt, 22. 4. 75 Vorstand der CISNU

Routhier-Prozesse: 14 300DM Geldstrafe gegen 3 Genossen

Gericht: Die Wahrheit interessiert hier nicht

In den letzten Wochen fanden in Mülheim, Duisburg und Aachen Prozesse gegen mehrere Genossen statt, die Flugblätter zum Mord an Genossen Günter verteilt haben sollen oder presserechtlich verantwortlich unterzeichnet hatten, ROTE MORGEN verkauft oder Plakate geklebt haben sollen.

In allen diesen Prozessen zeigte sich, daß das Lügengebäude der Bourgeoisie über den angeblichen „natürlichen Tod" des Genossen Günter nahezu vollständig zusammengebrochen ist. Nicht nur, daß weder Staatsanwaltschaft noch Gericht auch nur einen einzigen Versuch unternahmen, um ihre Propagandalügen von vor rund einem Jahr zu verteidigen, sie erklärten teilweise völlig offen wie im Prozeß gegen die Genossin Schulte: „Uns interessiert hier nicht die Wahrheit, sondern die Beleidigung" – womit sie nicht nur praktisch zugaben, daß die Partei von Anfang an recht hatte, sondern gleichzeitig zu verstehen gaben, daß sie diesen Polizeimord an Genossen Günter billigen, wie es auch schon im Beschluß über die Einstellung des Verfahrens gegen Günters Mörder der Fall war. Zum zweiten wurde in allen diesen Prozessen klar, warum die Bourgeoisie die Partei so erbittert bekämpft. So die Staatsanwältin im gleichen Prozeß gegen Genossin Schulte: „Was hier in dem Flugblatt über den Hergang steht, ist ja gar nicht zu beanstanden. Dann aber kommt es: ‚gewaltsame Revolution . . .'." Was die Bourgeoisie also so erbittert hat, ist die Tatsache, daß die Partei von Anfang an erklärt hat, daß dieser Polizeimord kein „Übergriff" ist, sondern daß die Polizei keine andere Aufgabe hat, als mit Gewalt die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu schützen. Wir drucken im folgenden kurze Berichte über die verschiedenen Prozesse ab.

AACHEN. In Aachen begann am 17. 4. 75 vor dem Schöffengericht Aachen der Prozeß gegen die Genossen Reinhard M. und Paul Michels sowie gegen Jochen L., presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter der GRF. Gegen alle drei waren wegen „Volksverhetzung", „Verleumdung", „übler Nachrede" und „Verächtlichmachung der BRD" Strafbefehle über je 3 800 DM verhängt worden. Es ging um ein Flugblatt der GRF und das zentrale Flugblatt der Partei „Das ist brutaler, barbarischer, heimtückischer Mord." Die Partei begann den Kampf schon zwei Monate vor dem Prozeß, um eine Aktionseinheit mit der GRF, der „RH" e.V. usw. für den Prozeß herzustellen.

Zum Prozeß kamen viele Zuschauer, darunter junge Genossen, die auf einer D„K"P-Veranstaltung mit dem Bonzen Mies in Aachen für die Rote Garde gewonnen worden waren. Gleich zu Anfang erhob sich bei den Zuschauern Protest gegen einen Spitzelwagen, von dem aus alle, die im Gericht aus und ein gingen, photographiert wurden.

Ein Antrag der Verteidigung, den Prozeß nach § 154e der Strafprozeßordnung auszusetzen, weil das Verfahren gegen Günters Mörder noch nicht endgültig abgeschlossen ist, wurde vom Staatsanwalt damit beantwortet, die Anklage wegen Verleumdung und übler Nachrede fallenzulassen. **Als Kommentar dazu konnte man am nächsten Tag in der Zeitung lesen: „Das Gericht beschloß, einen Anklagevorwurf aufzugeben: Der Vorwurf der Verleumdung wurde mit der Begründung fallengelassen, es könne nicht mehr festgestellt werden, daß die Behauptung: ‚Routhier ist ermordet worden', unwahr sei."** An diesem offenen Eingeständnis konnte dann auch ein Dementi der Staatsanwaltschaft in der Presse, es sei nur um „prozeßökonomische" Fragen gegangen, nichts mehr ändern.

Der Staatsanwalt erklärte im übrigen im Prozeß, daß man diese beiden Paragraphen auch deshalb fallen lassen könne, weil nach § 90a eine „hinreichende Strafe zu erwarten sei". **Deutlicher konnte der Staatsanwalt nicht zeigen, daß für ihn und das Gericht das Urteil bereits feststand.**

Wie die Bourgeoisie mit allen Mitteln die Verurteilung der Kommunisten betreibt, zeigte sich an einem anderen Beispiel. Im Prozeß stellte sich heraus, daß eines der Flugblattverfahren nach dem Presserecht bereits verjährt war. Trotzdem wurde das Verfahren nicht eingestellt, da es sich um eine „fortgesetzte Handlung" handele. Mit anderen Worten: da die bürgerliche Klassenjustiz von vornherein davon ausgeht, daß man sich mit kommunistischen Flugblättern Strafverfahren zuzieht, geht sie davon aus, daß ein presserechtlich Verantwortlicher der KPD/ML sich insgesamt von dem Vorsatz leiten läßt, fortgesetzt Straftaten im Sinne des § 90a zu begehen. Für Kommunisten gelten also die gesetzlich vorgeschriebenen Verjährungsfristen nicht. **Verfolgung der kommunistischen Gesinnung ist das oberste Gesetz der Bourgeoisie.**

Am zweiten Prozeßtag wurde diese Tatsache, daß es um nichts anderes ging als die Verfolgung der kommunistischen Gesinnung, noch deutlicher. Da nämlich beschloß das Aachener Amtsgericht, die Verhandlung an die Staatsschutzkammer in Köln weiterzugeben, da „nach den bisherigen Einlassungen der Angeklagten in der Hauptverhandlung kaum Zweifel daran bestehen können, daß sie sich absichtlich für die Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik und deren Verfassungsgrundsätze einsetzen". Die Partei wird auf diesen erneuten Angriff der Bourgeoisie entsprechend antworten. Schon im bisherigen Verlauf des Prozesses zeigte sich, daß einer Reihe von Genossen der GRF angesichts der revolutionären Prozeßführung der Partei und der opportunistischen Haltung der GRF klarer geworden ist, wie man auf revolutionäre Weise gegen den imperialistischen Staatsapparat und seine Justiz kämpfen muß.

ZUSCHAUER: DAS IST EIN RICHTIGES LEHRSTÜCK

DUISBURG. In Duisburg fand am 23. und 25. 4. ein Prozeß gegen die Genossin Schulte statt. Sie war ebenfalls angeklagt im Zusammenhang mit dem Kampf der Partei gegen die Ermordung des Genossen Günter. Daneben wegen des Kampfes gegen ihre Entlassung bei Thyssen in Duisburg und weil man bei ihr einen ROTEN MORGEN mit einem Artikel zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen gefunden haben will. **Das Gericht verurteilte sie nach einem Prozeß, der mit offen faschistischen Methoden geführt worden war, wegen § 90a (Verächtlichmachung der BRD), Beleidigung und Volksverhetzung zu 3 600 DM Geldstrafe, nachdem der Staatsanwalt 10 Monate Gefängnis beantragt hatte.**

Auch hier war von vornherein klar, daß die Genossin verurteilt werden sollte, weil sie in Duisburg als Kommunistin bekannt ist. Von Anfang an wurde mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit und dem Ausschluß der Genossin gedroht. Als der Richter zum Beispiel nach einer Gerichtspause mitbekam, daß die Genossin mit den Zuschauern gesprochen hatte, befahl er dem Gerichtsdiener: „Wachtmeister, passen Sie auf, wenn die Angeklagte noch einmal Reden hält, dann holen Sie sie sofort aus dem Saal." Als die Genossin den Mord an Genossen Günter anprangerte und sagte: „Angeklagt bin in Wirklichkeit nicht ich, sondern Sie", tobte der Richter, daß sie beim nächsten Wort aus dem Saal geführt werden sollte. Für die Verlesung der Beweisanträge bekam die Genossin ganze fünf Minuten Zeit. Bei der Befragung der Zeugen unterbrach der Richter ebenfalls andauernd.

Allerdings standen die Aussagen der Belastungszeugen auch auf äußerst schwachen Füßen. Der Richter legte ihnen deshalb völlig offen in den Mund, was sie zu sagen hatten. Ein Beispiel: die Genossin war in einem Punkt auch wegen schwerer Körperverletzung angeklagt. „Schwer" ist eine Körperverletzung dann, wenn man eine Waffe benutzt. Also fragte der Richter den „gefährlich verletzten Polizisten" (er hatte einen roten Fleck am Bein gehabt), was für Schuhe denn die Angeklagte angehabt hätte. Der Polizist guckte zunächst völlig verdutzt. Der Richter dann: „Sie wissen doch, worauf ich hinaus will . . ., auf den Unterschied zwischen leichter und schwerer Körperverletzung." Darauf der Polizist: „Ach so. Ja, die Frau Schulte hatte Schuhe mit sooo hohen Absätzen an." In diesem Prozeß zeigte sich auch deutlich, welchen Zweck diese Polizeizeugen „nebenbei" noch erfüllen. An einem Punkt der Verhandlung wollte der Richter den Saal räumen lassen und brüllte dazu die rund zehn Polizeizeugen an, die nach ihrer Vernehmung noch im Saal saßen: „Zeugen, helfen Sie Ihren Kollegen, den Wachtmeistern, räumen Sie den Saal." Und einmal: „Ich gebe Ihnen jede Vollmacht."

Bei Befangenheitsanträgen zog sich das Gericht nicht einmal pro forma zurück, sondern der vorsitzende Richter verkündete einfach: „Beschlossen, verkündet, abgelehnt."

Den zweiten Verhandlungstag legte das Gericht dann auf einen Termin, zu dem der Verteidiger der Genossin bereits einen Verhandlungstermin hatte. Als der Verteidiger dann zurückkam, erhielt er noch nicht einmal Zeit, sich auf sein Plädoyer vorzubereiten. Praktisch hatte das Gericht damit für den zweiten Verhandlungstag den Verteidiger ausgeschlossen.

Der Charakter dieses Gerichts, der sich bei diesem Prozeß so offen zeigte, rief auch bei den Zuschauern, die zum ersten Mal einen politischen Prozeß sahen, große Empörung hervor. Einer meinte: „Das muß jeder mal gesehen haben. Das ist ein richtiges Lehrstück." Die Zuschauer, von denen drei aufgrund der Propaganda der Partei von der Straße noch in den Prozeßsaal gekommen waren, zogen daraus die richtige Konsequenz: Sie kamen am zweiten Verhandlungstag mit ihren Freunden und Bekannten wieder.

GEGEN DEN MORD GEKÄMPFT – 6 000 DM STRAFE

DUISBURG. Ebenfalls am 23. 4. begann in Duisburg ein Prozeß im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter gegen den Genossen Günter Wagner. Er war wegen „Beleidigung", „Verächtlichmachung der BRD", „Volksverhetzung" und „Widerstand" angeklagt, weil er zwei Flugblätter zum Mord an Genossen Günter verteilt haben soll und als Kranzträger beim Trauermarsch zu Ehren des toten Genossen festgenommen worden war. **6 000 DM Strafe erhielt der Genosse. Und das, obwohl ihm kein einziger der Anklagepunkte nachgewiesen werden konnte, und die Polizeizeugen so offensichtlich Lügengeschichten erzählten, daß der Richter jedenfalls in der mündlichen Urteilsbegründung keine ihrer Aussagen zu zitieren wagte.**

Ein Beispiel. Der Genosse war unter anderem angeklagt, Flugblätter verteilt zu haben. Die Polizisten, die dabei seine Personalien festgestellt haben, hatten das allerdings getan, als Genosse Günter kein einziges Flugblatt in der Hand hatte. Außerdem bezeugten beide Polizisten, sie seien ganz sicher, daß die Personalienfeststellung am 19. 6., einem langen Samstag, erfolgt sei. Durch einen einzigen Blick auf den Kalender ließ sich allerdings feststellen, daß der 19. 6., von dem auch in der Anklageschrift die Rede war, ein Mittwoch war.

Ein anderes Beispiel: Der „Widerstand" beim Trauermarsch. Hier tat der Polizeizeuge zunächst kund, Günter und der Genosse, der mit ihm gemeinsam den Kranz getragen hatte, hätten so mit dem Kranz unter den Armen eine untergehakte Polizeikette durchbrochen.

Hier wie in allen anderen Prozessen konnte die pauschale Ablehnung der Beweisanträge zum Mord an Genossen Günter und auch zum Überfall auf den Trauerzug, konnten alle Versuche des Gerichts, die Wahrheit zu unterdrücken, allerdings nicht verhindern, daß die Tribüne des Gerichts ausgenutzt wurde, um die Bourgeoisie des Mordes an einem Kommunisten anzuklagen, um den Ausweg aus dieser Diktatur der Kapitalistenklasse zu propagieren, die sozialistische Revolution.

Wie sehr die Bourgeoisie diese revolutionären Kämpfe vor Gericht im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter fürchtet, zeigte sich beim Prozeß gegen Genossen Günter Wagner. Hier hielt Genossin Beate Kohnke, Landtagskandidatin der KPD/ML in Duisburg, an einem angemeldeten Stand eine Rede zum Prozeß. Sie wurde daraufhin sofort festgenommen. Die Polizisten drohten ihr mit einer Anklage wegen „Volksverhetzung". Auch mit der immer massiveren Anwendung dieser faschistischen Paragraphen allerdings wird die Bourgeoisie nicht verhindern können, daß die Wahrheit des Marxismus-Leninismus, die die Partei verbreitet, die Massen ergreift. Das hat sich insbesondere in Duisburg gezeigt. Und die Partei wird jeden weiteren Prozeß dazu benutzen, den Charakter dieses Unterdrückersystems noch mehr Menschen deutlich zu machen.

MÜLHEIM. „Am 11. 4. bin ich vom Amtsgericht (Schöffengericht) in Mülheim/Ruhr wegen angeblicher Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und Beleidigung zu 90 Tagessätzen a 30 DM verurteilt worden, weil ich am 22. 6. 74 den ROTEN MORGEN Nr. 25 und ein Flugblatt der Partei zur Ermordung des Genossen Günter an einem nicht genehmigten Stand (d.h. ein einziges kleines Sandwich-Stellschild) verbreitet haben soll. Ich wurde nur deshalb nicht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil ich noch nicht vorbestraft bin.

Unsere Beweisanträge wurden samt und sonders abgelehnt. Dabei wurde von der Staatsanwaltschaft klar gesagt: ‚Auf die Tatsachen kommt es nicht an.' In dem ROTEN MORGEN und dem Flugblatt sei eben ein bestimmtes Maß an Schärfe überschritten. Hier werde nicht die ‚durchaus wünschenswerte Kritik' an ‚einzelnen Mißständen' geübt."

Der Genosse ging darauf in seiner Schlußrede noch einmal besonders ein und entlarvte dabei den § 130. Unsere Propaganda sei deshalb „Volksverhetzung", sagt die Klassenjustiz, weil wir nicht einzelne Polizisten angegriffen haben, sondern die Polizei insgesamt. Daß aber sei Hetze gegen einen Teil der Bevölkerung und gefährde den öffentlichen Frieden, weil es das Vertrauen „weiter Kreise der Bevölkerung in den Staat als Garanten des Rechtsfriedens" erschüttere. Das ist in Wirklichkeit nichts als ein schlechter Witz. **Da macht die Bourgeoisie einen Paragraphen, in dem angeblich verboten wird, gegen das Volk zu hetzen und wen schützt sie damit? Die Polizei! Sich selber! Das ist die gleiche Praxis wie bei den Nazis, die Gesetze „zum Schutz von Volk und Vaterland" schufen, die sich einen „Volksgerichtshof" hinbauten, und mit diesen Mitteln Tausende der besten des deutschen Volkes ermordeten. Nicht umsonst stammt auch der Spruch „Die Polizei – Dein Freund und Helfer" aus der Propagandaküche der Nazis.** Wenn die Bourgeoisie gerade im Zusammenhang mit dem Kampf der Partei gegen die Ermordung des Genossen Günter diesen Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches, der mit einer Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis geahndet wird, anwendet, dann deshalb, weil im Verlauf dieses Kampfes viele Menschen erkannt haben, daß der Marxismus-Leninismus recht hat, wenn er sagt, daß die Polizei eines der Organe der Kapitalistenklasse ist, mit denen sie gewaltsam die Werktätigen unterdrückt.

4 WOCHEN JUGENDARREST

4 Wochen Jugendarrest, das war das Terrorurteil gegen eine Genossin, die vor der AG Weser in Bremen den Roten Morgen zur Ermordung des Genossen Günter verkauft haben soll.

Die Anklage lautete auf „Formalbeleidigung". Der Prozeß fand in Osterholz-Scharmbeck statt, einer Kleinstadt in der Nähe von Bremen. Trotzdem waren 25 Zuschauer gekommen.

Der Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das ganze Gebäude war voll von Polizisten, hinter dem Gebäude standen Mannschaftswagen und die Türen waren verschlossen. Der Prozeßraum wurde schnell noch vom Erdgeschoß in ein höheres Stockwerk verlegt.

Richter und Staatsanwalt versuchten es zunächst auf die „väterliche Tour". Als aber die Genossin ihre Anklagerede gegen den bürgerlichen Staat und auch gegen dieses Gericht hielt, zeigte sich bald ihr wahrer Charakter. Der Genossin wurde mit neuen Beleidigungen wegen ihrer Äußerungen vor Gericht gedroht. Ihre Beweisanträge wurden abgelehnt mit der Begründung, hier ginge es nicht darum, die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter herauszufinden. Selbst wenn er an den Folgen des Polizeieinsatzes gestorben sei, sei dies noch lange kein Grund, von Gestapomethoden zu sprechen. Mit ungeheuerlichem Zynismus verkündete der Richter dann das Urteil: „. . . ich gebe mich mit der Höchststrafe zufrieden. . ."

Die Bourgeoisie wollte die Genossin kleinkriegen. Es ist ihr nicht gelungen. Ebenso wollte sie den Prozeß in aller Stille über die Bühne bringen. Auch hier hat ihr die Partei einen Strich durch die Rechnung gemacht. Überall in Bremen und auch in Osterholz-Scharmbeck wurde die Wahrheit über diesen Prozeß verbreitet. Die Partei konnte dabei große Empörung unter der Bevölkerung feststellen. Außerdem ist die Angelegenheit auch für die Klassenjustiz noch nicht vorbei. Das Urteil wurde angefochten.



Am 30.4.75 findet im Duisburger Amtsgericht ein Prozeß gegen drei der Genossen statt, die damals Zeuge des Mordanschlages auf Genossen Günter Routhier waren. Unterstützt die Genossen Maike, Martin und Bernhard in ihrem Kampf – kommt zum Prozeß: Amtsgericht Duisburg, König-Heinrich-Platz, Raum 174, Beginn 9.00 Uhr.

Fauler Trick soll Freispruch verhindern

Genosse Karl Klingemann, Duisburger Kandidat der KPD/ML bei der Landtagswahl in NRW, ist, wie wir im Januar berichteten, wegen „unerlaubten Waffenführens" angeklagt. Der Grund: In seinem Auto, das in der Nähe des Trauerzugs zu Ehren unseren Genossen Günter Routhier abgestellt war, lagen Fahnenstangen. Jetzt wird von der bürgerlichen Klassenjustiz die Strafprozeßordnung benutzt, um ohne Prozeß ein Urteil zu fällen. Sie haben Grund, einen solchen Prozeß zu fürchten: Denn sie haben trotz mehrfacher Aufforderung durch die Partei bis heute keinen einzigen bewaffneten Trauerzugteilnehmer nennen können.

Was haben sie nicht alles angestellt, um ihre Lüge von der „Bewaffnung" der Trauergäste zu konstruieren: „Schlachtermesser" und „angespitzte Schraubenzieher" in Presse und Fernsehen, Beschlagnahme von Autos und Fahnenstangen, Gerüchte in den Zeitungen, wonach Trauergäste die Ermordung eines Polizisten als Vergeltung geplant hätten, Hunderte von Festnahmen und erkennungsdienstliche Behandlungen. Auf Beschluß des Landgerichts wird die Herausgabe der Fahnenstangen aus dem Auto des Genossen Karl verweigert, weil sie als Beweismittel für Landesfriedensbruch dienen sollen.

Aber bereits beim ersten Prozeßtermin am 24. 1. hatte der Staatsanwalt versucht, das Verfahren wegen „Geringfügigkeit" einzustellen, weil seine Anklage unhaltbar ist. Der Genosse lehnte jedoch ab und forderte Freispruch. Mit einem Trick will jetzt der Staatsanwalt diesen Freispruch verhindern. Er hat Antrag auf vorläufige Einstellung des Verfahrens gestellt. Ohne Prozess soll ein Urteil gefällt werden, daß den Trauerzug zur „bewaffneten Demonstration" erklärt und gleichzeitig einen Präzedenzfall für die Zukunft schafft. Gegen das Urteil ist kein Einspruch möglich, weil, wie es heißt, der Angeklagte damit „nicht beschwert wird". Als Begründung muß eine Anklage gegen den Genossen wegen Plakatieren in Dortmund herhalten, der gegenüber das angebliche „unerlaubte Waffenführen" jetzt plötzlich zum „unwesentlichen" Nebendelikt erklärt wird.

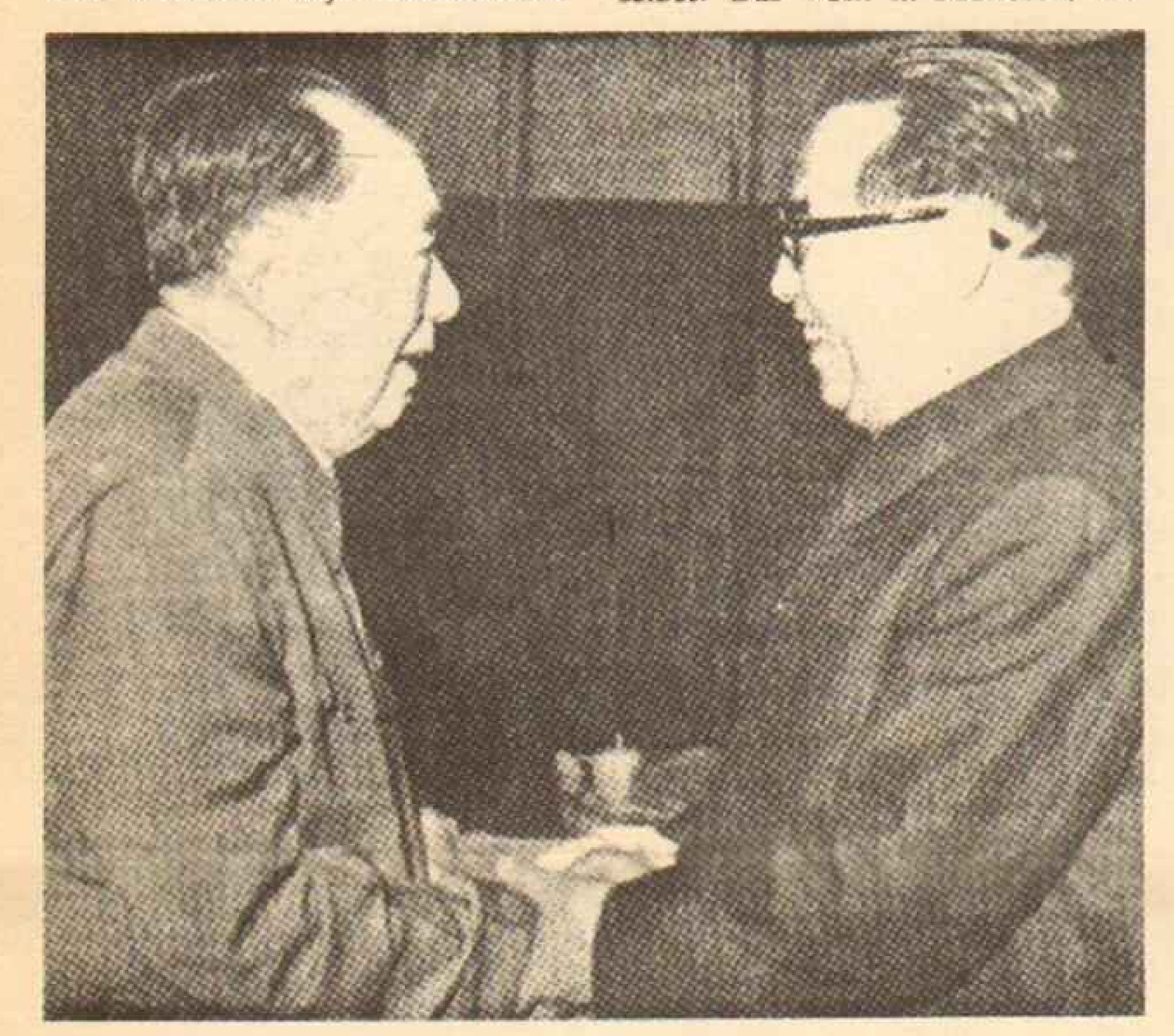
Sie wollen die Partei mit Lug und Trug zur „kriminellen Bande" abstempeln. Aber der Duisburger Bevölkerung gegenüber haben sie mit ihren wilden Polizeieinsätzen bewiesen, daß sie selbst diesen Namen verdienen.

Genosse Kim Il Sung zu Besuch in der VR China

Begeistert begrüßt von den Volksmassen, die zu Zehntausenden die Straßen säumten, traf am 17. April eine Delegation der Partei der Arbeit Koreas und der koreanischen Regierung unter Führung des Präsidenten Kim Il Sung in Peking ein. Dieser Besuch stand im Zeichen der tiefen internationalistischen Freundschaft der Völker Koreas und Chinas und bekundete ihren Willen zum gemeinsamen Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen des weltweiten Imperialismus und gegen die Kriegsgefahr.

Auf einem Empfang, den die KP Chinas und der Staatsrat der VR Chinas zu Ehren der Delegation aus Korea gaben, betonten die Genossen die tiefe Verbundenheit des chinesischen und koreanischen Volkes im gemeinsamen Kampf: „*Zwischen der chinesischen und koreanischen Partei, zwischen unseren beiden Ländern und Völkern besteht eine besonders tiefe revolutionäre Krieg vor*", erklärte Genosse Teng Hsiao-ping, und Genosse Kim Il Sung bestätigte: „*Jetzt arbeiten die Imperialisten um einen Weg aus ihrer tiefen wirtschaftlichen Krise zu finden, offen auf einen neuen abenteuerlichen Aggressionskrieg hin*".

Insbesondere wiesen die koreanischen Genossen hin auf die anwachsende Kriegsgefahr in Korea selbst: Das Volk in Südkorea, das



Genosse Mao Tsetung, Vorsitzender des Zentralkomitee der KP Chinas, begrüßt Kim Il Sung, Generalsekretär des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Koreas, Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Freundschaft', erklärte Genosse Teng Hisao-ping, „...*unsere kämpferische Freundschaft und revolutionäre Einheit ist gegründet auf den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus.*" Genosse Kim Il Sung hob besonders die selbstlose Unterstützung des koreanischen Freiheitskampfes gegen die US-Aggressoren durch die VR China und fuhr fort: „*Wir ergreifen die Gelegenheit, . . um wirksame Maßnahmen zu treffen für den künftigen gemeinsamen Kampf unserer beiden Völker, um die schnellwechselnde Situation zu meistern . . . Auch in Zukunft werden die beiden Völker gemeinsam als Kampfgenossen und Brüder kämpfen und siegen.*"

Die chinesischen und koreanischen Genossen äußerten ihre tiefe Freude über den Sieg des kambodschanischen Volkes und über den Aufschwung des revolutionären Freiheitskampfes in aller Welt, vor allem in Asien. ***„Das vom Kolonialismus unterdrückte Asien, der unterentwickelte Osten ist ein für allemal verschwunden"***, sagte Genosse Kim Il Sung, ***„und ein neues Asien ist geboren, das vorwärtsstürmt zu Unabhängigkeit, Fortschritt und Wohlstand."***

Gemeinsam hoben die Genossen aber auch die Kriegsgefahr in der Welt hervor und betonten die Notwendigkeit, sich auf einen neuen imperialistischen Aggressionskrieg zu rüsten. ***„Was vorherrscht, ist nicht ein sogenannter unumstößlicher Prozeß der Entspannung, sondern ein Anwachsen der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Während sie von „Entspannung" und „Frieden" reden, bereiten beide Supermächte in Wirklichkeit energisch einen neuen*** Beispiel seiner Brüder im Norden vor Augen, ist nicht länger gewillt, das faschistische Pak-Regime, diese Marionette der US-Imperialisten, zu dulden und erhebt sich in immer neuen revolutionären Kämpfen. So verschärfen die Faschisten in Südkorea nicht nur die Unterdrückung der Volksmassen in dem Landesteil, den sie okkupiert haben, sondern bereiten massiv einen Krieg gegen die VR Korea vor, angestachelt von ihren Herren in Washington. „*Wenn die Revolution in Südkorea stattfindet*", erklärte Genosse Kim Il Sung, „*so werden wir, als ein und dieselbe Nation, nicht mit verschränkten Armen zusehen, sondern das Volk in Südkorea unterstützen*".

Doch jede neue Aggression wird nicht zu einem Sieg, sondern zur Niederlage des Imperialismus führen. ***„Wir müssen die konterrevolutionären doppelzüngierischen Taktiken der Imperialisten vereiteln, indem wir den Waffen des Feindes unsere Waffen entgegensetzen, und seinen betrügerischen „Friedens"-manövern mit revolutionären Prinzipien begegnen"***, heißt es weiter in der Rede des Genossen Kim Il Sung, die schließt mit den Worden:

„Die Zukunft der Welt gehört den Völkern, die vorwärtsstürmen, das Banner des Marxismus-Leninismus, das revolutionäre Banner des antiimperialistischen Kampfes hochhaltend. Um die gemeinsame Sache des Antiimperialismus zu unterstützen, wird das koreanische Volk immer Schulter an Schulter mit dem chinesischen Brudervolk vorwärtsschreiten und, Hand in Hand mit den Völkern der sozialistischen Länder, den Völkern der Dritten Welt und allen fortschrittlichen Kräften in der Welt, standhaft kämpfen."

Wahlfarce in Portugal

Die Militärs haben die Macht

In Portugal haben die Wahlen für das bürgerliche Parlament stattgefunden. Lauthals hatten die portugiesischen Revisionisten um ihren Führer Cunhal diese Wahlen als Markenzeichen der , neuen Demokratie' des Volkes ausgegeben. Für die Cunhal-Revisionisten wurden sie trotzdem zu einer schweren Schlappe. Trotz massiver Propaganda durch die portugiesischen Militärs, trotz lautem Propagandagetöse aus Moskau erhielten sie nur um die 17%

Die sogenannte „Sozialistische Partei" von Soares erhielt ca. 38% und die „Demokratische Volkspartei" um die 25%. Sie werden zwar im Parlament die Mehrheit bilden, aber regieren werden sie dennoch nicht. **Bereits vor der Wahl haben die Cunhal-Revisionisten alle Weichen gestellt, damit – egal wie die Wahl ausgeht – sie mit ihren Militärs weiterhin die Politik der Faschisierung und sozialen Demagogie sowie die Unterwerfung unter die sowjetischen Sozialimperialisten fortsetzen können.**

So wurde kurz nach dem „Putschversuch' Spinolas von den Militärs, die aufs engste mit den modernen Revisionisten verflochten sind, ein Gesetz erlassen, wonach die Militärs auch nach den Wahlen jedes Gesetz, jede Bestimmung, die das Parlament beschließen wird, genehmigen müssen, bevor es wirksam werden kann. Das entlarvt deutlich, daß die Wahl in Portugal – als Ausdruck der Freiheit des Volkes gefeiert – nur eine Farce war. Und es zeigt, daß in Portugal wie in jeder bürgerlichen Republik, und sei sie noch so demokratisch, das Parlament ein einziger Betrug an den Massen ist, lediglich ein Aushängeschild zur Beruhigung der Bevölkerung, zur Verschleierung der Diktatur.

Noch vor der Wahl hatten die Cunhal-Revisionisten und mit ihnen die Militärs die Wahlen als Ausdruck der , neuen Demokratie" ausgegeben, in denen das Volk sich seine Vertreter wählen könne. Kurz vor der Wahl jedoch, als sich abzeichnete, daß Cunhal eine Schlappe erleiden würde, schwenkten die Militärs um. Sie erklärten offen: Die Wahlen seien nur ein Spielzeug für die Parteien, die Wahlergebnisse würden keine Rückschlüsse auf die wahren Wünsche des protugiesischen Volkes geben. Mal so, mal so – wie es den modernen Revisionisten gerade in den Kram paßt. Natürlich geben Wahlen nicht die wirklichen Wünsche des Volkes kund: Denn die Wünsche des Volkes stehen im Kapitalismus nicht zur Wahl. Aber nicht das ist es, was die Militärs in Portugal meinen, sondern sie wollen damit feststellen, daß das Volk doch im Grunde die Revisionisten wolle und daß es daher richtig sei, daß die , Bewegung der Streitkräfte' sich von vorneherein gemeinsam mit den Revisionisten Cunhals das Recht in der Verfassung geschaffen hat, jedes Gesetz festzulegen oder außer Kraft zu setzen – ganz wie sie wollen.

Das ,,Bulletin der MFA' warnte die Werktätigen Portugals, Parteien zu wählen, die eine , bürgerliche Demokratie westlichen Musters" anstreben. Auch dies ist verlogen. Natürlich wünscht das portugiesische Volk keine der „westlichen Demokratien", hinter denen sich die Diktatur des Kapitals verbirgt, sondern es will die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. Dafür kämpfen die besten Vertreter des protugiesischen Volkes gegen die modernen Revisionisten Portugals. Doch das ist selbstverständlich nicht das, was die Militärs meinen, dieselben, die noch vor kurzem den Freiheitskampf der Völker Angolas, Mosambiks und Guinea-Bissaos massakrierten. **Was sie dem Volk als erstrebenswert preisen, was sie wollen, ist die „östliche Demokratie" wie in der DDR, von Mauer und Stacheldraht umzäunt, wo die Bourgeoisie ihre offen faschistische Herrschaft über das Volk ausübt unter dem Stiefel der Neuen Kremlzaren – und all das unter dem Etikett des „Sozialismus".**

Damit geben die portugiesischen Militärs selbst eindeutig zu: Dem Volk, das die unverhüllte Diktatur des US-Imperialismus durch Caetano abgeschüttelt hat, soll nun ein neuer Oberherr aufgezwungen werden: der sowjetische Sozialimperialismus. **Demagogisch umschreiben die modernen Revisionisten Cunhals dies: Ohne wirtschaftliche und finanzielle Hilfe durch die Sowjetunion könne Portugal nicht aufgebaut werden. Genau das ist der Spruch, den bisher alle Marionettenregimes über ihre Oberherren dahergeredet haben. Genauso hatte es unter Caetano vom US-Imperialismus geheissen: Ohne Hilfe der USA kann Portugal nicht bestehen.**

Die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrem aggressiven Drang nach Weltherrschaft sind natürlich gerne bereit, die Militärs, die Revisionisten, die ganze portugiesische Bourgeoisie wirtschaftlich und finanziell auszuhalten, wenn sie dafür das portugiesische Volk ausplündern und das Land zu ihrer Kolonie und zu ihrem Aufmarschgebiet gegen Westeuropa machen können. Dies zu erreichen, sind die portugiesischen Revisionisten, die treuen Diener ihrer Herren in Moskau, entschlossen – ob mit oder ohne Wahlen.

Sozialimperialisten in Westberlin
Jagt die Besatzer davon!

Am Samstag, den 26.4., hatten die modernen Revisionisten der „S"EW zu einem angeblichen , Freundschaftstreffen" im Arbeiterviertel Wedding in ihrem Büro aufgerufen. Sie hatten zwei ehemalige sowjetische Generäle nach Westberlin geholt, die 1945 bei der Befreiung Berlins mitgekämpft haben. Durch sie sollte der Ruhm der Roten Armee von damals unter Stalin als Feigenblatt für die sozialimperialistische Sowjetunion von heute benutzt werden. Doch die Partei hat ihnen durch ihre Aktion dieses Feigenblatt zerrissen und den wahren Charakter der sowjetischen Sozialimperialisten sowie der „S"EW gezeigt.

Eine feste Kette von Genossen machte den Eingang des „S"EW-Büros etwa eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn dicht mit dem Ziel, die Veranstaltung zu verhindern. Wir hatten vorher in der Straße Flugblätter verteilt und die Provokation entlarvt. Direkt vor dem Gebäude prangte die Parole: SOWJETISCHE GENERÄLE – RAUS AUS WESTBERLIN!

Das Ergebnis war, daß uns die Bewohner schon an den Fenstern erwarteten. **Als die Revisionisten merkten, was los ist, riefen sie als erstes die Polizei, die auch kurz darauf mit Mannschaftswagen eintraf, aber vorher noch nichts unternahm.** Mittlerweile füllten sich die Fenster und die Straße immer mehr. Die Revisionisten, in blinder Wut, versuchten nun einzeln, die Kette zu durchbrechen, was ihnen nicht gelang. So drohten sie einem unserer Genossen: „Du hast Deine letzten ruhigen Tage bei der Firma AEG gehabt, dafür werden wir sorgen." – Einem „S"EW-Mann zogen wir eine Stahlrute aus der Tasche. Schließlich versuchte die Polizei mit Gewalt, der „S" EW einen Weg zu bahnen, jedoch ohne Erfolg. Als sie versuchten, einen Genossen festzunehmen, bekamen sie eins ins Gesicht und mußten abziehen.

Mittlerweile beratschlagten „S' EW-Führer und Polizei gemeinsam, was zu tun sei. So holten sie Verstärkung von drei Mannschaftswagen und einem Wagen von Hunden und rückten mit Schildern und Knüppeln bewaffnet gegen uns vor. Die „S"EW übernahm eifrig die Fotographierarbeiten. Wir zogen uns in die Reihen der Bevölkerung zurück. Nach einer Stunde hatte die Veranstaltung noch immer nicht begonnen, denn die Generäle trauten sich nicht her. **Erst als die Polizisten nach Rücksprache mit den „S"EW-Führern die alliierte Militärpolizei der französischen Besatzer zu Hilfe holte, war es soweit.** Die Polizei hatte mit ihren Wagen das Haus umstellt und bildete für die französischen Militärpolizisten eine Gasse. Diese , schützten" nun den Eingang. Schnell fuhren die Generäle vor, unter den lauten Rufen: , Besatzer, raus aus ganz Deutschland!"

Auch wenn wir die Veranstaltung nicht verhindern, sondern nur verzögern konnten, so haben wir doch einen Sieg errungen. Denn für die Bevölkerung in dieser Straße wurde ganz klar, daß es zwischen uns Kommunisten und den modernen Revisionisten einen tiefen, unüberwindlichen Graben gibt; daß auf der einen Seite zusammen „S"EW, Sozialimperialisten, Militärpolizei und Polizei stehen und auf der anderen Seite das unterdrückte deutsche Volk mit der KPD/ML an der Spitze. Die Bemerkung eines Passanten zeigte uns, daß diese Frage klarer geworden ist. Er sagte: „Wir haben zuerst nicht richtig verstanden, was die Rote Fahne bei Euch soll, aber durch Eure Reden wissen wir es und Ihr habt unsere Unterstützung gefunden!"



1968: Die sowjetischen Sozialimperialisten besetzen die CSSR

Fortsetzung von Seite 1

neue Kampfbrigaden an der Küste Schleswig-Holsteins zu stationieren und gerade als die sowjetischen Sozialimperialisten ihre großen Flottenmanöver hatten, machte der amerikanische Präsident Ford in einer Rede lautstark Propaganda für die Erhöhung der Militärausgaben der amerikanischen Imperialisten, insbesondere für die Verstärkung ihrer Flotte.

Die Flotten- und Landmanöver der sowjetischen Sozialimperialisten beweisen aber auch, daß sie es sind, von denen heute die hauptsächliche Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Nationen Westeuropas ausgeht. Soll man ihnen glauben, wenn sie gerade jetzt eine demagogische Propagandakampagne entfachen, um ihre Armee als den Garanten des Friedens und der Sicherheit in Europa hinzustellen, während sie gleichzeitig an den Grenzen und in den Gewässern rund um Europa eine riesige aggressive Streitmacht konzentriert haben und in ihren Manövern den Blitzkrieg gegen die Völker und Nationen Westeuropas proben?

Die Völker werden sich von den Friedenstiraden der neuen Zaren im Kreml nicht einlullen lassen. Sie werden ihre Wachsamkeit erhöhen und die Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit in ihre eigenen Hände nehmen. Sollten die neuen Zaren im Kreml und die amerikanischen Imperialisten einen Krieg vom Zaun brechen, wird ihnen letzten Endes der revolutionäre Befreiungskrieg der Völker den Garaus machen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Zimbabwe

Die Tage des Smith-Regimes sind gezählt

Am 18. März wurde der Vorsitzende der Befreiungsorganisation des Volkes von Zimbabwe, ZANU, Genosse Herbert Chitepo, auf hinterhältige Weise von gedungenen Mördern des rassistischen Smith-Regimes in Salisbury und dessen imnerialistischen Hintermännern umgebracht. Eine Mine war vor seiner Garage versteckt, die explodierte, als Herbert Chitepo mit seinem Auto losfahren wollte.

Es ist das Ziel der Mörder, den Kampf des Volkes von Zimbabwe für seine Befreiung von Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus, für Unabhängigkeit und Revolution niederzuschlagen. In einer Erklärung der Afrikanischen Nationalen Union von Zimbabwe (ZANU) vom 18. März heißt es zu diesem Mordanschlag: **„Die brutale Ermordung von Chitepo ist Teil der imperialistischen Pläne, systematisch die Führung der ZANU, die Vorhut des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe, zu vernichten."**



Genosse Herbert Chitepo

Das Smith-Regime arbeitet aufs engste mit dem rassistischen Forster-Regime in Südafrika zusammen, um den bewaffneten Befreiungskampf der Völker in ganz Südafrika im Blut zu ersticken. So sind Spezialeinheiten des Forster-Regimes in Zimbabwe eingesetzt, Polizei- und Militärtruppen, um das Volk gewaltsam unter dem rassistischen Joch der Großgrundbesitzer und der ausländischen Imperialisten zu halten, die das Volk bis zum letzten ausplündern und aussaugen.

Auf der ganzen Welt ist dieses Regime den Völkern verhaßt. Die afrikanischen Länder wie die Länder der Dritten Welt haben in der UNO den Beschluß durchgesetzt, daß dieses Regime in Salisbury wie auch das Forster-Regime in Südafrika von allen Ländern der UNO boykottiert werden soll, um den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe wie der anderen Völker Südafrikas gegen die rassistische Gewaltherrschaft zu unterstützen. Doch die Imperialisten denken nicht im Traum daran, diesen Beschluß einzuhalten, er ist für sie nicht mehr als ein Fetzen Papier. Zwar versuchen sie ihre Unterstützung zu verheimlichen, doch weder Waffenlieferungen noch Kapitalexporte haben sie in diese Länder eingestellt.

Hauptstütze und Hauptnutznießer dieser beiden auf der ganzen Welt verhaßten Regimes sind die US-Imperialisten, für die die rassistische Herrschaft in beiden Ländern zugleich auch ein Sprungbrett zu den anderen afrikanischen Ländern ist. Auch die westdeutschen Imperialisten bedienen sich dieser beiden rassistischen Regimes, um die Bevölkerung auszuplündern und große Profite dort herauszuschlagen. Jüngstes Beispiel dafür sind die Pläne des zum Estel-Konzern gehörenden Stahlmonopols Hoesch. Gemeinsam mit Klöckner und anderen großen Monopolen plant Hoesch in Südafrika ein Stahlwerk von 2,5 Milliarden DM zu bauen. Das Forster-Regime ist selbstverständlich bereit, für diese Unterstützung seiner Herrschaft das Volk bluten zu lassen. Die Arbeiter sollen – wie in Südafrika üblich – zwangsumgesiedelt werden in das Gebiet, wo das Projekt entstehen soll. Die Regierung Forster möchte ohnehin möglichst viele Afrikaner aus den grossen Städten vertreiben, da sie Angst hat, daß diese Städte immer mehr zu Zentren der Kämpfe werden. Zwangsarbeit mit dem Gewehrlauf im Rücken für einen Hungerlohn – das verspricht den imperialistischen Monopolen höchste Profite und dafür brauchen sie auch das faschistische Apartheid-Regime in Südafrika wie seinen Zwilling in Salisbury.

Das zeigt, daß nicht allein UNO-Beschlüsse, sondern letztlich nur der Kampf des Volkes der Unterdrükkung der Rassisten, der Kolonialisten und Imperialisten ein Ende setzen kann. Dafür kämpft die ZANU, dafür kämpfte ihr Vorsitzender, Herbert Chitepo. Der Mord an dem Vorsitzenden der ZANU entlarvt die Versprechungen der Smith-Herrschaft, auf dem Wege der Gespräche und Abmachungen mit dem Volk Kompromisse zu schließen, als konterrevolutionäre Doppeltaktik. Es ist die Taktik, den Kampf des Volkes von Zimbabwe durch Angebote zu „Gesprächen" in seiner Kampfentschlossenheit zu schwächen, seine Wachsamkeit einzuschläfern, es ideologisch, politisch und militärisch zu entwaffnen, und zur gleichen Zeit mit faschistischem Terror die Vorhutorganisation dieses Kampfes, die ZANU zu zerschlagen, ihre Führung zu ermorden. Doch die Entschlossenheit des Volkes und seiner Vorhut, unbeirrbar den Weg des bewaffneten Kampfes bis zu Ende, bis zum Sieg zu gehen, hat diese Taktik des Smith-Regimes zunichte gemacht und dem Kampf des Volkes große Erfolge gebracht.

In seiner Rede vom Juni 1974 sagte Genosse Herbert Chitepo: ***„Der Schlüssel zur Befreiung von Zimbabwe liegt in unserer eigenen Stärke, unserem eigenen Schweiß, unserem eigenen Blut und unserer Schöpferkraft. Besonders in unserer Fähigkeit, die revolutionären Erfahrungen anderer auf unsere eigene konkrete Situation anzuwenden. Nur dadurch, daß wir auf die Stärke der Volksmassen unseres Landes vertrauen, und darauf vorbereitet sind, den Kampf aus eigener Kräften zu führen, können wir wirkliche Unabhängigkeit erreichen."*** Genosse Chitepo schloß seine Rede mit revolutionärer Zuversicht: ***„Schließlich möchten wir die Gelegenheit wahrnehmen, um Ian Smith zu warnen, daß seine Tage in Zimbabwe gezählt sind. Die ZANU wird die Angriffe gegen die weißen Großgrundbesitzer in Zimbabwe unbarmherzig verstärken."***

In diesem Geist des Genossen Chitepo wird das Volk von Zimbabwe seinen bewaffneten Kampf fortführen bis zum Sieg über Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus.

Vietnam

Erneute Aggression der US Imperialisten

Der oberste Chef der Saigoner Marionettenclique, Nguyen van Thieu, hat seinen Rücktritt eingereicht. Angesichts der glänzenden Erfolge des südvietnamesischen Volkes und seiner Volksstreitkräfte, haben ihn die amerikanischen Imperialisten fallengelassen und alle „Machtbefugnisse" seinem Stellvertreter Tran Van Huong übergeben.

Der „Machtwechsel" in Saigon ist nichts als ein schmutziger Trick der amerikanischen Imperialisten, von dem sie sich vergeblich Verhandlungen mit der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam erhofften und einen Waffenstillstand, der ihnen eine Atempause verschaffen sollte. In Wirklichkeit haben sie überhaupt nicht die Absicht, ihre als Zivilisten verkleideten Offiziere, Techniker und Soldaten aus Südvietnam zurückzuziehen, ihren Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk einzustellen und das Pariser Abkommen einzuhalten.

Im Gegenteil. Ungeachtet der schweren Niederlagen, die sie in den letzten Monaten in Kambodscha und Vietnam hinnehmen mußten, setzen die amerikanischen Imperialisten ihre Drohungen gegen das vietnamesische Volk fort, um es zu zwingen, auf seine legitimen Rechte für ein freies und unabhängiges Vietnam zu verzichten.



Die Truppen der Volksbefreiungsarmee ziehen ins befreite Da Nang ein.

Ihren ungezählten Verbrechen gegen das vietnamesische Volk haben sie gerade jetzt ein neues schreckliches hinzugefügt. **Die amerikanischen Imperialisten werfen über den befreiten Gebieten eine Bombe ab, die die Menschen dadurch tötet, daß sie der Luft den Sauerstoff entzieht. Grausamer, qualvoller Tod durch Ersticken und Platzen der Lungen ist die Folge.** Das ist das wahre Gesicht der amerikanischen Imperialisten, auch wenn sie jetzt noch so sehr mit dem Palmzweig in der Hand nach Verhandlungen und Waffenstillstand rufen.

„Amerikanische Bürger sind in Gefahr", so erklären sie und benutzen dies als Vorwand, um eiligst ein Geschwader der 7. amerikanischen Flotte aus dem Gelben Meer vor die Küsten Südvietnams zu schicken, angeblich um die „Evakuierung" reibungslos durchzuführen, in Wirklichkeit jedoch, um neue Aggressionen gegen das vietnamesische Volk durchzuführen. **Fünf Flugzeugträger, ein Dutzend Zerstörer, vier amphibische Landungsschiffe und mehrere Frachter sind bereits in Marsch gesetzt. An Bord der Flugzeugträger „Hancock" und „Okinawa" befinden sich 5 000 Soldaten der berüchtigten amerikanischen Marinelandungskorps, weitere 3 000 „Marines" sind von Okinawa in Marsch gesetzt und 1 500 von ihnen warten auf Hawaii auf ihren Einsatzbefehl. Der amerikanische Präsident Ford hat bereits offen erklärt, daß er den „Einsatz amerikanischer Streitkräfte zur Evakuierung eigener Staatsbürger" befohlen hat, einschließlich der Stationierung amerikanischer Truppen in Saigon.**

Angesichts des drohenden Aufmarschs der Truppen der amerikanischen Imperialisten an den Küsten Südvietnams hat die Regierung der Demokratischen Republik Südvietnam erklärt: „Das südvietnamesische Volk ist entschlossen, sein heiliges und unverletzbares Recht nach Selbstbestimmung wiederzugewinnen und ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales und blühendes Südvietnam, das in nationaler Eintracht lebt, zu erreichen. Das vietnamesische Volk ist entschlossen, keine Opfer und Schwierigkeiten zu scheuen und wird diese fundamentalen nationalen Rechte unter allen Umständen gewinnen."

Für die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten ist Saigon bereits zum letzten Schlupfwinkel in Südvietnam geworden. So sehr sie sich auch bemühen mögen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, durch den revolutionären Befreiungskrieg des südvietnamesischen Volkes werden sie bald endgültig von vietnamesischem Boden vertrieben sein.

Fortsetzung von Seite 1

„Heute war Phnom Penh von der Begeisterung und dem Jubel der Bevölkerung erfüllt, die unter der reaktionären Herrschaft der verräterischen Lon Nol-Clique die schwersten Leiden zu erdulden hatte. Jetzt bejubelten alle enthusiastisch den Sieg und feierten ihre Armee, die nach dem Sieg im Triumph in die Innenstadt einmarschierte.

An diesem historischen Siegestag waren Hunderttausende von Menschen auf die Straße geströmt, um die Kämpfer der Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung Kambodschas herzlich willkommen zu heißen. Als die Soldaten im Triumph durch die Straßen der Vorstadt marschierten, winkten ihnen die Menschen von den Bürgersteigen, aus den Fenstern und von den Dächern zu und ließen sie hochleben. Voller Begeisterung schüttelten sie den Befreiungskämpfern die Hand und umarmten sie. Den Kämpfern, die in bewaffneten Fahrzeugen in die Stadt einzogen, scholl der Ruf: „Lang leben die Befreiungsstreitkräfte!" entgegen. Tausende von Studenten demonstrierten durch die Boulevards der Innenstadt und schwenkten große Fahnen, um die Befreiungskämpfer willkommen zu heißen. Viele reihten sich in den Zug der marschierenden Soldaten ein und demonstrierten die enge, herzliche Verbundenheit zwischen der Befreiungsarmee und dem Volk. Alle Häuser und Geschäfte der Stadt waren beflaggt.

Von der kraftvollen, umfassenden Offensive der Volksstreitkräfte bezwungen, legten die Marionettensoldaten der Phnom Penher Clique ihre Waffen nieder, liefen in großer Unordnung auseinander oder ergaben sich den Volksbefreiungsstreitkräften. Viele dieser Soldaten warfen ihre Waffen weg, zogen sich Zivilkleidung an und mischten sich unter die Bevölkerung. Einige der Söldner hißten weiße Fahnen zum Zeichen, daß sie sich ergeben. Weiße Fahnen wurden auch von den bewaffneten Fahrzeugen der Söldner gehißt, ebenso von den Besatzungen der Kriegsschiffe auf dem Mekong und dem Tonle Sap.

Long Boret und Suthsakhan, die Häuptlinge des „höchsten Komitees", flohen am Morgen des Tages der Befreiung in aller Eile aus der Stadt. Das bedeutete die vollständige Vernichtung der verräterischen Lon Nol-Clique. Ein neues Blatt ist in der Geschichte Kambodschas aufgeschlagen worden."

Spendet für den Aufbau des befreiten Kambodscha

Spenden zur Unterstützung des kambodschanischen Volkes bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr

32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

20 Menschen im Schiff verbrannt

Reeder gehen für Profit über Leichen

Hunderte alte Leute, meist behinderte, freuen sich auf einen gemeinsamen Ausflug, eine Fahrt auf dem Rhein. Doch die Fahrt nimmt ein furchtbares Ende. Nachts, als sich die allermeisten Menschen in ihren Kabinen aufhielten und schliefen, brach Feuer aus. Das Schiff brannte wie Zunder. Im Nu hatte das Feuer alle Decks erfaßt – bei einem Schiff, beladen mit Behinderten, die zum Teil an den Rollstuhl gefesselt sind. Augenzeugen berichten, wie alte Menschen unter furchtbaren, qualvollen Umständen bei lebendigem Leib verbrennen mußten. Eine gehbehinderte Frau robbt auf dem schwelenden Boden ins Freie. Sie versucht mit letzter Kraft, sich an einem Eisengeländer festzuhalten. Das Eisengeländer glüht. Sie schreit um Hilfe, doch es gibt keine Hilfe mehr. Die Frau muß sterben, genauso wie zwanzig andere Menschen in dieser Nacht auf diesem Schiff.

Und diejenigen, die dank des mutigen Einsatzes von anderen Passagieren, von Schiffspersonal und Feuerwehrleuten den Flammen entkommen konnten, sitzen danach an der Kaimauer am Rheinufer. Viele von ihnen weinen – alle sind außer sich, schockiert. Manche haben ihren Ehepartner, mit dem sie durch das ganze Leben gemeinsam gegangen sind, in diesem Moment verloren. Und warum? War es Schicksal? Kann es jeden treffen? Kann so etwas immer passieren?

Nein, es war weder Schicksal, noch kann es immer passieren! Die Ursache für diese Katastrophe – was auch immer den Brand direkt ausgelöst haben mag – liegt darin, daß ein Kahn, über dessen Alter weder Kapitän noch Reederei Auskunft geben können, weil das Baujahr soweit zurückliegt und dessen Bauweise mit schmalen Gängen und geringen Sicherheitsvorkehrungen sich im Brandfall geradezu als Gefängnis herausstellte – überhaupt in Betrieb genommen wird. Auf einem Luxusdampfer der High-society hätte es eine derartige Katastrophe kaum gegeben. Dort wird auf brandsichere Zwischenwände in den Kabinen geachtet. Aber dieses Schiff war ja „nur" für Werktätige und Rentner gedacht, die sich mal eine kleine Freude gönnen. Ihre Sicherheit ist der Reederei einen Dreck wert. Ihr, der Reederei, kommt es einzig darauf an, wie sie aus uralten, völlig untüchtigen Kähnen möglichst viel Geld herausschlagen kann. Ihr oberstes Gesetz ist wie das jedes anderen Kapitalisten das Erzielen des höchsten Profits, und der Weg dazu ist mit Leichen gepflastert und mit Tränen.

Daß das Schiff erst kürzlich von einer staatlichen Kommission für tüchtig befunden wurde, ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß den staatlichen Institutionen, ob bei uns oder in Holland, der gefüllte Geldbeutel der Kapitalisten mehr am Herzen liegt als die Sicherheit von mehr als hundert Menschen. Ein Weg, wie solche Prüfungsergebnisse nötigenfalls zustande kommen, zeigte uns anschaulich der Fall Wienand, wo die Fluggesellschaft Pan International gegen Beratervertrag pauschal die Sicherheitsbescheinigung erhielt.

Damit jedoch die mörderische Profitgier der Kapitalisten nicht völlig klar ans Licht der Öffentlichkeit kommt, müssen selbstverständlich, wie in anderen Fällen zuvor, auch bei dieser Schiffskatastrophe Schuldige gefunden werden. Nach dem Motto: Tote können nicht mehr reden, versucht die „Bild"-Zeitung die Schuld auf drei Hostessen zu schieben, die bei dem Unglück verbrannten. Sie sollen evtl. eine Zigarettenkippe weggeworfen haben. Außer, daß es eine bodenlose Unverschämtheit ist, die Opfer als Täter hinzustellen, gehört dieser Angriff zu der systematischen Vertuschung der eigentlichen Ursachen dieser Katastrophe.

Und diese Vertuschung fängt bei der offiziellen Darstellung an, die zwar angeblich keine Brandursache feststellen konnte, weil das Wrack zu sehr ausgebrannt war, die aber sehr wohl feststellt, daß es nicht an technischen Mängeln gelegen haben könne; und die ebenfalls Mutmaßungen über Zigarettenkippen anstellt. **Das Ganze hat nur den einen Sinn und Zweck: Nämlich davon abzulenken, daß zwanzig Menschen verbrannten, weil ein uraltes, untaugliches Schiff eingesetzt wurde. Und nur um das zu verschleiern werden Opfer zu Tätern gemacht.**

Die Anteilnahme der Kölner, ihr Entsetzen und ihre Trauer um die Toten ist den Behörden sichtlich unangenehm. In infamer Weise werden tausende Kölner als „sensationsgierig" und „neugierig" beschimpft, die aus Anteilnahme zum Ort der Katastrophe kamen. Aus ihrer Sorge um die Verunglückten wird von gewissen Zeitungen Freude an Katastrophen gemacht. Mit dieser üblen Masche soll das Volk vom Ort solcher Unglücke ferngehalten werden, damit es möglichst leise vor sich geht, wenn die Kapitalisten für ihren Profit über Leichen gehen.

10000 demonstrieren in Schweinfurt

"Wyhl, das ist jetzt unser Motto"

Am 19. April fand in der Schweinfurter Innenstadt eine etwa zehntausend Menschen starke Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld statt. Dort wird an zwei Reaktorblocks mit zusammen 2 500 Megawatt Leistung gebaut. Es handelt sich um Leichtwasserreaktoren, einem äußerst betriebsunsicheren, dafür aber billigen Typ. Selbst ein Fachmann vom TÜV hat schon eingestanden, daß Leichtwasserreaktoren, zumal von dieser Größe, wie sie noch nirgends gebaut wurden, in unmittelbarer Stadtnähe zu gefährlich sind.

Zur Demonstration aufgerufen hatte die „Bürgeraktion Umwelt- und Lebensschutz e.V. Schweinfurt". Während der Zug sich durch die Schweinfurter Innenstadt bewegte, verteilten Genossen der Partei und der Roten Garde Flugblätter, die aufriefen, wie in Wyhl den Kampf militant aufzunehmen. Anfangs versuchten einige Führer der Bürgeraktion, die als Ordner eingesetzt waren, die Genossen am Verteilen zu hindern. Doch sie mußten das bald aufgeben, da sich Unmut und Widerstand in ihren eigenen Reihen regte. **Demonstrationsteilnehmer ließen sich Stöße von Flugblättern geben und verteilten sie im Zug. Zwei Demonstrationsteilnehmerinnen verteilten spontan die Flugblätter der Partei mit an die Bevölkerung.** Die Reaktionen der Bevölkerung zeigten die Aufgeschlossenheit gegenüber der kommunistischen Propaganda.

Die Verantwortlichen der Bürgeraktion, der Oberbürgermeister und andere „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", versuchten in ihren Reden verzweifelt, den „friedlichen und demokratischen Charakter" der Aktion zu beschwören. Sie verwiesen die Massen an die Gerichte und jammerten immer wieder: Wir wollen kein zweites Wyhl.

Die Demonstranten, unter ihnen viele Bauern, erteilten ihnen mit ihren Schildern und Transparenten die richtige Antwort: „Wyhl, das ist jetzt unser Motto!" „Die Regierung zwingt uns zur Notwehr!" „Kindermörder!" „Wir lassen uns nicht umbringen!" usw. Von den Bauern waren die meisten Stimmen zu hören, die eine Besetzung des Geländes oder eine Absperrung der Zufahrtswege zur Baustelle forderten, denn sie hätten am meisten unter den Auswirkungen des KKW zu leiden (klimatische Veränderungen, radioaktive Verseuchung ihrer Produkte usw.). So waren es auch die Bergrheinfelder und Grafenrheinfelder Bauern, die sich im Anschluß an die Kundgebung am Schweinfurter Rathaus mit ihren Traktoren im geschlossenen Konvoi zur Baustelle aufmachten. Sämtliche Zufahrtswege waren abgeriegelt. Staatsminister Streibl, der gedroht hatte, seine Polizei auf die Demonstranten zu hetzen, hatte Wort gehalten.

Das ganze Baugelände war von der Polizei hermetisch abgeriegelt, mit Stacheldrahtrollen abgesichert und von ca. 12 Hundertschaften Bereitschaftspolizei bewacht, die mit Wasserwerfern ausgerüstet waren. Die Polizei war aus ganz Nordbayern zusammengezogen worden. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizei patroullierte auf der Baustelle. **Zwei Polizeihubschrauber beobachteten jede Regung der Massen und versuchten durch Tiefflüge einzelne Menschen vor dem Eingang zum Baugelände zu vertreiben. Rücksichtslos flogen sie ihre Angriffe auf Familien mit kleinen Kindern.** Vielen dieser Menschen, die vielleicht noch Illusionen in den kapitalistischen Staat hatten, ist brutal vor Augen geführt worden, wem der Staat mit all seinen Organen wirklich dient und gegen wen er gerichtet ist.

Der Kampf der Wyhler Weinbauern, das zeigt der Polizeiaufmarsch der Bourgeoisie in Grafenrheinfeld, ist der Bourgeoisie gehörig in die Glieder gefahren. Ihre Angst vor einem zweiten Wyhl, vor dem kämpfenden Volk ist berechtigt: **Die Bauern aus der Umgebung Schweinfurts sind entschlossen, gegen den Bau des Kernkraftwerkes mit aller Kraft zu kämpfen.**

Was für ein "Weltmeister der Fairness"!

Das „Neue Deutschland" feiert triumphierend den neuen Eishockeyweltmeister: „Kurzum: Eine großartige Mannschaft, die zu siegen versteht, aber auch verlieren kann." Und die „UZ", Zeitung der D„K"P-Revisionisten, Sprachrohr der Neuen Kremlzaren in Westdeutschland, stellt heraus, daß der Weltmeister zudem noch den Pokal für die „fairste Mannschaft" bekommen hat.

Beides ist reiner Hohn auf die Tatsachen. Denn der neue und alte Weltmeister ist die Eishockeymannschaft der Sowjetunion. Sie ist bekannt und berüchtigt dafür, daß sie keine Tricks, keine Tricks scheut, um Titel und Siege an sich zu reißen.

Noch vor wenigen Wochen hatte die sowjetische Eishockeymannschaft in Prag gezeigt, wie sehr sie „verlieren kann". In einer Eishockey-Meisterschaft, an der die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, Finnland und Schweden beteiligt waren, schlug die tschechoslowakische Mannschaft die Sowjetunion 6:1, 4:2 und 9:3. In dem dritten und letzten Spiel hatte die tschechoslowakische Mannschaft zehn Minuten vor dem Schlußpfiff eine klare Führung. Doch die sowjetischen Spieler – wutentbrannt darüber, daß sie den Spielstand nicht verändern konnten – nahmen Zuflucht zu Raufereien. **Die Halbrechtsspieler der sowjetischen Mannschaft, Gusev und Vasiljew, schlugen mutwillig den tschechoslowakischen Stürmer Matian Stastny aufs Eis nieder und hauten ihm dann mit den Fäusten auf den Kopf. Der tschechoslowakische Spieler, der aufs Eis gestürzt war, mußte hilflos den gewaltsamen Angriff über sich ergehen lassen und blieb, lange Zeit unfähig, sich zu bewegen, auf dem Eis liegen. Er mußte schließlich, gestützt von seinen Mannschaftskameraden, die Eisbahn verlassen.** Dieses rohe und rücksichtslose, völlig unsportliche Vorgehen der sowjetischen Mannschaft rief unter den tschechoslowakischen Zuschauern starken Protest und lautes Gebuhe hervor. So also kann der „großartige Weltmeister" verlieren!

Ein weiteres Beispiel dafür, auf welch „faire Weise" dieser Weltmeister seine Titel erringt, ist das Spiel zwischen Sowjetunion und Kanada im Herbst letzten Jahres. Nicht nur, daß der sowjetische Schiedsrichter bei groben Fouls der sowjetischen Spieler beide Augen zugedrückt hatte. Auch im Hotel wurde dem sowjetischen Sieg etwas nachgeholfen. Nach dem ersten Spiel in Moskau trafen sich die kanadischen Spieler, um die Taktik und die Schwächen der gegnerischen Mannschaft zu besprechen. Sie mußten aber feststellen, daß die sowjetischen Spieler sich sehr schnell in ihrer Taktik umstellten. **Man fand erst später heraus, daß die Sowjets Mikrofone in den Kleiderschränken der kanadischen Spieler installiert hatten: Trainer Cheevers und zwei andere kanadische Spieler entdeckten solche verborgenen Mikrofone in ihren Räumen.**

Prügel und Wanzen – was für ein „Weltmeister der Fairneß"! Nicht freundschaftlicher Wettkampf, sondern das Ringen einer Supermacht um ihr Prestige auf allen Gebieten – das ist der Antrieb des sowjetischen Sports.